

Die Zeitung erscheint täglich des Abends. — Abbestellungen werden angenommen von allen Postämtern des In- und Auslandes.

Leipziger Allgemeine Zeitung.

Preis für das Vierteljahr 2 Thlr. — Inskriptionsgebühr für den Raum einer Seite 1 Thlr. 6 Gr.

«Wahrheit und Recht, Freiheit und Gesetz!»

Portugal. († Lissabon.) — Spanien. — Großbritannien. — Frankreich. (* Paris; ○ Paris.) — Deutschland. († Dresden; † Hannover; † Hannover; * Schwerin; ** Som. Mainz.) — Preußen. (x Berlin; Magdeburg.) — Oesterreich. (○ Wien.) — Türkei. (Konstantinopel.) — Ägypten. — Ankündigungen.

Portugal.

† Lissabon, 17. Jun. Tros der vom Conseilpräsidenten bei seinem Eintritt in das Amt gegebenen Erklärung ist das Cabinet bis zu diesem Augenblicke noch nicht vervollständigt worden, und Hr. de Sabrosa vereinigt fortwährend mit seiner Präsidentschaft die drei vorzüglichsten Portefeuilles, das des Krieges, das der Marine und Colonien und das des Auswärtigen. Dieser Zustand der Dinge hat, wie leicht begreiflich, Anlaß zu einer Menge Klagen gegen die Unregelmäßigkeiten des Dienstes gegeben. — Der Finanzminister hat in der Sitzung vom 12. Jun. bei den Debatten über die bekannten Finanzgesetzentwürfe im Namen der Regierung angekündigt, daß selbst im Falle die Kammer die Erhebung von 1400 Contos Reis genehmigen sollte, die Regierung sich dieses Rechts nur bis zum Betrage von 1000 Contos Reis bedienen würde. Diese Erklärung hat großes Aufsehen hervorgerufen; jedoch verbreitet sich heute das Gerücht, und Nacional und Tempo heißen sich, es zu wiederholen, daß die Minister sich in den Finanzausschuß verfügt und dort erklärt hätten, daß nicht allein die bewilligten 1400 Contos Reis unzureichend erscheinen, sondern daß die Regierung sich auch die Erhebung des Beduens vorzubehalten beabsichtigt. — Da es mehr als wahrscheinlich ist, daß das Budget in dieser Session nicht mehr zur Berathung kommen wird und die Minister also gesesslich vom 1. Jul. an nicht weiter ermächtigt wären, die Auflagen zu erheben, so haben die vier Mitglieder des Cabinets einen Gesetzentwurf unterzeichnet, der diese Ermächtigung von Seiten der Kammer und die Verwendung der erhobenen Summe zur Bezahlung der gesetzlichen Ausgaben bezweckt, indem das Budget von 1839 auf 1840 gleichlautend mit dem der Finanzperiode von 1838 auf 1839 angenommen wird, sowie die Erhebung der Zusatzzölle auf die fremden Einfuhrartikel nach den in dem Gesetze vom 31. Oct. 1837 aufgestellten Bedingungen. Die Minister bestehen nichtsdestoweniger fortwährend auf der Erörterung des Budgets, besonders in Hinsicht des Kriegs- und Marinebudgets, aber bis jetzt sind ihre Bemühungen fruchtlos geblieben. — Der Conseilpräsident hat sich in der Sitzung vom 14. Jun. über die Nachlässigkeit der Municipalitäten hinsichtlich der Rekrutenausbildung beklagt. Die Verwaltung verlangt deshalb ein neues Rekrutengesetz. — Am 6. Jun. wurde zu Oporto der berühmte General Macdonald verhaftet, der bekanntlich nach Marshall Bourmont die miguelistischen Streitkräfte befehligte; er hatte in Lissabon einen Paß unter einem falschen Namen erhalten und wurde auf der Polizeipräfectur zu Oporto in dem Augenblicke angehalten, wo er seinen Paß nach Biana visiren lassen wollte. Es scheint gewiß, daß derselbe mit der Befehligung der Miguelisten beauftragt war, die in der Provinz Minho einen großen Aufstand beabsichtigten. Die bei der vereitelten Insurrection zu Braga verhafteten Individuen haben sehr wichtige Aufschlüsse gegeben; sie beziehen sich alle auf einen revolutionären Plan, den Macdonald im Norden und ein anderer Engländer, General Campbell, im Süden leiten sollte. Der Letztere soll sich, nach aufgefangenen Briefen, nach Algarbien begeben haben, wo man seiner habhaft zu werden sucht. Wie dem auch sei, es ist gewiß, daß die Miguelisten in der letzten Zeit ihre Anstrengungen verdoppelt haben. Man sagt, der junge Remedido habe vor einigen Tagen alle Bandenchefs, die unter ihm stehen, zu einer Bergabung zusammenberufen, und das Resultat dieser Spasire sei die Organisation von zehn Guerrillas zu Pferde, welche sämtlich nach Almeida aufbrechen sollen. Man fügt hinzu, daß sie Alles aufbieten, um ihre Cavalerie zu vermehren, und daß Remedido nach Gines geht, bevor er sich, um seine Wunden zu heilen, nach Ohão einschiffet. Zu gleicher Zeit veröffentlicht die wi-

derpänsigen Bischöfe ihre zum Aufbruch mahnenden Hirtenbriefe, wovon man einige Exemplare weggenommen hat. — Die Verschönerungen und Verbesserungen in Lissabon nehmen von Tag zu Tag zu, und wer die Stadt seit sechs Jahren nicht gesehen, würde dieselbe kaum mehr kennen. In mehreren Hotels hat der Pflaster als Baumaterial bereits dem Asphalt weichen müssen; einige Straßen und öffentliche Plätze sind schon auf diese Weise gepflastert. Der König hat aus Deutschland tüchtige Männer und Maschinen kommen lassen, um in seiner Hauptstadt einen artesischen Brunnen zu bohren, dessen Leitung dem Baron Eschwege anvertraut ist, welcher bereits die Arbeiten auf dem schönen Plage von St. Paulo begonnen und versprochen hat, daß dieser Brunnen in reichlichem Maße Wasser liefern und daß es zu einer beträchtlichen Höhe steigen würde. In der That ist es ihm gelungen, bereits auf gutes Wasser zu stoßen, aber zum Hervorspringen der unterirdischen Quelle ist es noch nicht geblieben.

Spanien.

Madrid, 19. Jun.

Gestern hielt die Königin über 2500 M. Truppen, die heute die Hauptstadt verlassen, um sich nach Aragonien und Catalonien zu begeben, Heerschau, und wurde dabei von denselben mit Enthusiasmus empfangen. — Man beschäftigt sich viel mit den Wahlen. Es scheint gewiß, daß die Candidatur Mendizabal's zu Madrid scheitern wird; aber er zählt darauf, daß in Murcia die Wahl auf ihn fallen werde. Allgemein wird versichert, Malaga beabsichtige, den Infanten Francisco de Paula zum Abgeordneten zu wählen. — Gestern fand ein großes Gastmahl der sich zur eraltirten Meinung bekennenden ehemaligen Mitglieder der Kammer der Abgeordneten und des Senates statt. Bemerkenswerth waren die dabei ausgebrachten Trinksprüche, welche alle einen der bestehenden Regierung feindseligen Geist athmeten.

— Die heutige Gaceta enthält folgenden Artikel: „Mit lebhafter Freude veröffentlichen wir nachstehende Neuigkeit. Die Regierung des Königs der Franzosen hat in dem Wunsche, die Dienste der französischen Marine, die an den Küsten der Halbinsel kreuzt, wirksamer zu machen, beschlossen, daß eine beträchtliche Vermehrung dieser Seemacht statt finden, und daß den Commandanten dieser Fahrzeuge neue und vollständigere Verhaltungsbefehle erteilt werden sollen. Sie werden bezwecken, an unsern Küsten alle feindlichen und den Interessen unserer legitimen Königin widerstehenden Landungen zu verhindern und mit dem zu gleichem Zweck aufgestellten spanischen Kreuzern zusammenzuwirken. Es wird überdies den Commandanten der französischen Streitkräfte zur See zur Pflicht gemacht, sich nöthigenfalls zur Verfügung der spanischen Behörden zu stellen, um die Communicationen der Häfen untereinander zu sichern und unsere militairischen Operationen durch den Transport von Truppen oder Kriegsbedarf nach allen Orten hin zu erleichtern, wo es nöthig erscheint; endlich sich den vereinten Bewegungen der Anhänger und Unterstützungstruppen des Don Carlos entgegenzustellen. In der Note, welche die französische Regierung in dieser Hinsicht an unsern Votschafter zu Paris gerichtet, versichert dieselbe, daß sie den Commandanten ihrer Kriegsfahrzeuge den größten Eifer und die ausdauerndste Thätigkeit in Vollstreckung dieser Verhaltungsbefehle zur Pflicht machen werde. Schon haben die Einwohner Spaniens, welche ihre nahe Lage an der französischen Grenze in den Stand gesetzt, diese Nachricht früher zu erhalten, aus eigner Antrieb ihre Zufriedenheit deshalb kund gegeben. Man schreibt uns von Santander, daß daselbst und an

mehren andern Orten beim Eintreffen dieser Kunde öffentliche Feste veranstaltet wurden."

— Als Resultat des Sieges des Generals Espartero geht hervor, daß die Karlisten sich gezwungen gesehen haben, die Thäler von Somonostro, Saldaña, Guenes, Baracalbo, Sopuerta, Zalla, Lodupe Gondo, Zuela, Duenda und Ayala zu räumen. Die Communication der christinischen Armee des Nordens mit den Besatzungen von Cantona, Castra, Urdiales, Portugalette und Bilbao ist nach allen Seiten sicher gestellt.

Großbritannien.

London, 25. Jun.

„Werden die Minister nichts thun, ihre Freunde aus der Gleichgültigkeit zu wecken, worin man sie jetzt sieht? fragt der Courier. Lord Melbourne würde der größte Feigling sein, der je von einem Schlachtfelde floh, wenn er seine königliche Gebieterin in ihrer gegenwärtigen Bedrängniß verließ. Als er hervortrat, für seine Königin zu fechten, seine junge, beleidigte Königin, übernahm er eine Verantwortlichkeit, vor welcher er jetzt nicht zurückbeben kann. Von Ergebung darf nicht die Rede sein. Der Kampf muß bis auf das Äußerste ausgefochten werden, und wenn eine Mehrheit nicht zu erlangen ist, so muß man zur Auflösung des Parlaments schreiten. Eine Auflösung aber ohne die Zusage jener Zugeständnisse, welche die liberale Partei einmüthig fodert, würde ein Unterhaus geben, das den Nichtschuern gleich wäre, die seit fünf Monaten ihre Zeit so unnütz in Westminster zugebracht haben, und mit welchen weder Whigs noch Tories die Regierung führen könnten; aber eine Auflösung des Unterhauses mit der Aussicht auf eine Parlamentsfeier, die an guten Maßregeln fruchtbar wäre, und mit der Verpflichtung, zu dem Oberhause zu sprechen, wie der Graf Grey im Jahr 1832 sprach, würde dem Lord Melbourne ein Unterhaus geben, das ihn wahrscheinlich sogleich von jener Verpflichtung entbinden würde. Das Land ist nicht abtrünnig geworden. Der Geist des Toryismus wird ebenso sehr verabscheut als im Jahr 1831, wo die abhängigen Wähler Englands gegen die Wahlstücken-Herren sich erhoben und ein wahrhaft volksinniges Unterhaus wählten. Die Wähler trogten der Rache ihrer Tyrannen, in der Hoffnung, daß der eine große Kampf alle künftigen Kämpfe unnöthig machen würde. Die Erfahrung hat gezeigt, wie trügerisch diese Hoffnung war. Die erwartete Unabhängigkeit erscheint so entfernt als je, und bei jeder neuen Wahl wird nur eine neue Aufforderung zu wiederholten Opfern an die Wähler laut. Ist es ein Wunder, daß die Wähler gleichgültig werden? Erst vor einigen Wochen hielt ein Mitglied des Unterhauses es für zuträglich, ein Amt anzunehmen, das seine Wiedererwählung nöthig machte. Ein Tory trat ihm entgegen und hätte beinahe den Sieg errungen. Auf der Wahlbühne äußerte er seine Theilnahme an jenen armen Wählern, die sich, wie er wusste, seinetwegen ernstlichen Gefahren ausgesetzt hatten, und mit diesen Worten noch im Mund, eilte er nach London, um gegen die einzige Maßregel zu stimmen, welche diese ehrlichen, aber abhängigen Leute gegen die Wiederkehr der Gefahr gesichert haben würde.“

— Nach dem Morning Chronicle kamen gestern, weil die Abstimmung über den Bewilligungsantrag ungewöhnlich früh erfolgte, mehrere Liberale zu spät an und fanden das Haus schon verschlossen. Ohne diesen Zufall, sagt jenes Blatt hinzu, würde die Mehrheit größer als bei der Abstimmung am 21. Jun. gewesen sein; da die Minister jedoch die Mehrheit erhalten hätten, so dürfte man nicht zweifeln, daß sie mit der nöthigen Festigkeit handeln würden.

— Der Gesandtschaftssecretair am russischen Hofe, Henry Litton Bulwer, ist am 22. Jun. von Paris hier angekommen.

— Nach dem Dublin Pilot hat O'Connell den Dürftigen in der Grafschaft Kerry, wo großer Mangel herrscht, 100 Pf. St. zur Abhilfe ihrer dringendsten Bedürfnisse geschenkt und für 50 Pf. St. Lebensmittel ankaufen lassen, die er unter dem Marktpreise verkauft. In der Stadt Killarney sind gegen 600 Familien dem Verhungern nahe. Auch in der Grafschaft Mayo wird die Lage der Einwohner täglich schlimmer.

— Nach dem Herald wird in diesem Jahr ein Schwindelhandel in russischem Talg zu weit höherem Betrag als je getrieben. Die Verkäufe auf Zeit, das heißt bei einer Lieferungszeit von 14 Tagen, werden in solchem Umfang abgeschlossen, daß 100 Fäß Talg in jener kurzen Zeit einen Scheinhandel von 1000 Fäß repräsentiren, während oft der angebliche Kaufmann in Petersburg oder sein Agent in London nicht ein einziges Fäß abzuliefern hat. Alle 14 Tage wer-

den die Preisunterschiede berechnet, und man zieht nicht nur Wechsel auf diesen Scheinhandel, sondern bezahlt auch die Differenzen in ebenso schlechtem Papier. Da das Land mit solchen Wechseln überschwemmt werde, setzt der Herald hinzu, so sei man der Bank Dank schuldig, daß sie sich mit der Discontirung solcher Papiere, die nicht auf wirklichem Verkehre mit Waaren beruhen, nicht befaßt habe.

— Nach den neuesten Nachrichten aus Canada war Sir G. Arthur in Kingston angekommen, um sich nach Brockville zu begeben, und die mit der Wegnahme des amerikanischen Schooners (Nr. 179) verbundenen Umstände zu untersuchen. Die Amerikaner sind über diesen Vorfall sehr aufgebracht. — Mehrere Gefangene, die während des letzten Aufstandes bei Windsor in die Hände der britischen Truppen gefallen waren, sollten von Quebec nach Neusüdwales gebracht werden. — Die große Jury zu Newcastle in Obercanada hat eine Denkschrift eingereicht, worin sie den Plan des Grafen v. Durham als nachtheilig für das Gesamtwohl darstellt. — Die Canadianer und die amerikanischen Zeitungen beschwerten sich bitter über das Rundschasterystem, das man gegen die Niedercanada besuchenden Fremden ausübt, da es nicht nur persönlich verlegend sei, sondern auch zu abgeschmackten inquisitorischen Schritten Anlaß gebe.

— Vor einigen Tagen wurde die Ladung eines, aus Rotterdam angekommenen Schiffes im Zollhaus als Bauholz angegeben. Als die Stämme ans Land gebracht werden sollten, sah der Capitain des Schiffes zufällig, daß am Ende eines Stammes ein in einer Öffnung desselben angebrachter Pflock herausfiel, und bei näherer Untersuchung zeigte sich, daß der Stamm hohl und mit Cigarren und Taback angefüllt war. Man untersuchte nun die Ladung, und es ergab sich, daß man alle Stämme ausgebohrt und mit Taback und Cigarren zu einem Werthe von 3000 Pf. St. gefüllt hatte.

— Unter den schottischen Einwanderern in Neusüdwales gehören die meisten und angesehensten zu dem alten Clan Cameron; nicht weniger als 108 dieses Stammes kamen im Januar auf einem einzigen Schiff aus Cromarty an.

— Die Morning Post sagt, es werde dem Grafen v. Eglinton sehr schwer, die erforderliche Anzahl von Rittern und Knappen zu dem von ihm ausgeschriebenen Turniere (Nr. 87) zusammenzubringen. Die bereits erworbenen nehmen wöchentlich ein Mal Übungen vor. Man glaubt, daß dem Grafen dieses Turnierfest gegen 20,000 Pf. St. kosten werde.

Frankreich.

Paris, 27. Jun.

In der Deputirtenkammer ist gestern nach einer Discussion, in welcher das Ministerium seine Politik in Betreff Spaniens zu entwickeln und über die Ratification des mejicanischen Tractats abermalige Aufklärungen zu geben versucht hat, das Gesetz über den Credit von 4,912,800 Fr. mit 263 Stimmen gegen 53 angenommen worden.

— Der gegenwärtige Proceß vor dem Pairshofe hat eine wichtige Rechtsfrage erhoben, die zu einem von den ausgezeichnetsten Mitgliedern des pariser Advocatenstandes unterzeichneten Gutachten Veranlassung gegeben. Dieses Gutachten beweist die Ungefehrlichkeit der von dem Pairshof in der Angelegenheit des 12. und 13. Mai ausgesprochenen Disjunction. Das Resumé desselben lautet: „Dem Pairshofe kann nicht der geringste Zweifel hinsichtlich der Bedeutung des Erlasses beikommen, den er beschloß. Es ist ein Erlaß der Disjunction; es ist die ungesegliche Verwirklichung des Gesetzesworts, welchen die Deputirtenkammer 1837 verworfen; es ist noch mehr: denn damals wollte man bloß die bürgerlichen und militairischen, eines und desselben Verbrechens Angeklagten voneinander trennen; hier sind es nur bürgerliche Angeklagte, wobei dies auf gewaltthätige Weise geschieht. Daß zufällig die vorläufige Untersuchung über die Einen völlig zu Ende, während die der Andern noch unvollständig ist, kann dies eine solche Aufhebung des Gesetzes rechtfertigen? Dürfen das Loos und vielleicht das Leben eines Angeklagten von dem launenhaften Eifer oder dem willkürlichen Vorurtheile eines Berhörrichters abhängen? Wenn man in den dafür angeführten Gründen, in dem Gesetz, in den Thatsachen nichts findet, was zu dem von dem Pairshof eingeschlagenen Verfahren ermächtigen könnte, so fragt man sich um den wahren Zweck dieses seltsamen Entscheids, welcher das Schicksal von 22 Angeklagten verändert und ihre Lage erschwert; man fragt sich, warum dieselben diese unglückliche Auszeichnung verdient, welche auf ihren Häuptern die noch frischen Erinnerungen des 12. und 13. Mai lasten läßt; warum man auf ihnen allein alle traurigen Eindrücke zusammenzieht, die der Aufstand zurücklassen konnte; warum diese Maßregel sie der Schärfe der Meinung, vielleicht der des Pairshofs be-

zeichn
statter
ten si
halten
lesung
wird
Berth
gemein
geklag
des
allgen
im C
Nicht
nen,
fachen
getren
Gegen
chens
gen di

tragte
Fehung
der M
lassen
fung;
Krank
es zu

dem
Mit ir
„Aus
es, le
Ungeb
vor.

schläge
ist, si
beizuf
die B
Sedul
nerals
hatun
gekomm
nale g
der Z
seiner
dieselb
Gesch
an de
Berni
eine e
theilb

Konst

Gener
Verles
geklagt
Frage
mehr
durch
ger Be
entschi

das G
ist die
gegeben
Spani
Frank
Mittel
hinder
tervent
„Niem
wort
linke

zeichnet? Dies sind die Betrachtungen, welche der Herr Bericht-
statter vernachlässigt; wenn sie sich seinem Geiste aufgedrungen, hät-
ten sie ihn vielleicht in dem Antrag, den er annehmen ließ, aufge-
halten. Für den Gerichtshof ist es noch Zeit. Er kann ohne Ver-
letzung der Gesetze die Disjunction nicht aufrechterhalten und er
wird sich ohne Zweifel beeilen, sich des Mittels, welches ihm die
Verteidigung darbieten wird, zu bedienen, um auf den Weg des
gemeinen Rechts zurückzukehren. Zu diesem Zwecke müssen die An-
geklagten bei Eröffnung der Debatten verlangen, daß die Fortsetzung
des Processes und das Urtheil bis dahin aufgeschoben werde, wo die
allgemeine Instruction des Processes beendigt und über die Anklage
im Ganzen sowohl wie hinsichtlich der einzelnen Angeklagten das
Nöthige festgestellt ist. Nur dann wird es möglich sein zu erken-
nen, ob die den verschiedenen Angeklagten schuld gegebenen That-
sachen, als voneinander verschieden und nur unter sich verknüpft,
getrennt gerichtet werden dürfen, oder ob diese Thatfachen nicht im
Gegentheile nur die constitutiven Elemente eines identischen Verbre-
chens bilden, deren Verurtheilung nicht getrennt werden darf." (Fol-
gen die Unterschriften, worunter die Dillon-Barrot's und Hennequin's.)

— Die mit Prüfung des Gesetzesentwurfes über den Zucker beauf-
tragte Commission hat sich gestern mit dem Betrage der Herab-
setzung des Zolles auf Colonialzucker beschäftigt, die im Princip von
der Majorität der Commission in der vorhergehenden Sitzung zuge-
lassen worden war. Diese Frage gab zu langen Debatten Veranlas-
sung; da aber Hr. Lacave-Laplagne, Präsident der Commission,
Krankheits halber der Versammlung nicht beiwohnen konnte, so kam
es zu keinem Beschlusse.

— Das Journal des Débats fährt fort, die Nachrichten aus
dem Oriente mit Bemerkungen zu begleiten, worin es Mohammed-
Ali in Schutz nimmt und den Sultan der Treulosigkeit beschuldigt.
„Aus den Einzelheiten der von uns mitgetheilten Berichte, äußert
es, leuchtet ein merkwürdiger Gegensatz zwischen der kriegerischen
Ungebuld des Sultans und der Zurückhaltung seines Vasallen her-
vor. Der Erstere scheint nur wohlgefällig auf die friedlichen Rath-
schläge der europäischen Gesandten zu hören, obwohl er entschlossen
ist, sie zu verspotten, und sich Mühe zu geben, den Bruch selbst her-
beizuführen. Der Andere hingegen stellt sich gewissermaßen unter
die Vormundschaft der Residenten; er nimmt sie zu Zeugen seiner
Geduld und Gelehrigkeit; er legt ihnen die Correspondenz seines Ge-
nerals vor, verlangt ihren Rath und schreibt seinem Sohn als Ver-
haltensregel vor, worüber sie untereinander überein-
gekommen. Man hat auch die Parteilichkeit der englischen Jour-
nale gegen Aegypten bemerken können, welche es des Ehrgeizes und
der Zweideutigkeit in dem Augenblick anklagen, wo es selbst Opfer
seiner Mäßigung wird und wo alle Umstände sich zum Nachtheile
desselben lehnen. Unter den vier großen Mächten, die berufen sind, die
Geschicke des Orients zu ordnen, gibt es also eine, die geheimerweise
an der Zerstörung des türkischen Reichs arbeitet; eine, welche die
Vernichtung der ägyptischen Herrschaft will, und zwei andere, die
eine edle Uneigennützigkeit (!) vereinigen muß, um zu einem vor-
theilhafteren und ehrenvolleren Resultate zu gelangen.“

— Dem Nouvelliste zufolge hat Reschid-Pascha Befehl aus
Konstantinopel erhalten, sofort dahin zurückzukehren.

— Am 23. Jun. hat zu Perpignan aufs neue der Proceß gegen
General Brossard vor dem dortigen Kriegsgerichte begonnen. Die
Verlesung der Anklage dauerte mehrere Stunden. Nachdem der An-
geklagte erschienen war, erhob sein Verteidiger eine präjudicielle
Frage, indem er behauptete, das zweite Kriegsgericht könne sich nicht
mehr mit jenen Punkten der Anklage beschäftigen, von denen er
durch das erste Kriegsgericht freigesprochen wäre. Nach zweistündi-
ger Berathung entschied der Gerichtshof, daß über alle Anklagepunkte
entschieden werden sollte.

* Paris, 27. Jun. Der erste wesentliche Punkt, über welchen
das Cabinet vom 12. Mai von der Politik des 15. April abweicht,
ist die in gestriger Sitzung der Deputirtenkammer vom Ministerium
gegebene Erklärung, daß es selbst zu einer directen Intervention in
Spanien entschlossen ist, sobald diese nothwendig und den Interessen
Frankreichs angemessen sein würde, d. h. sobald sie als das einzige
Mittel erscheinen sollte, eine Contrerevolution in Spanien zu ver-
hindern. Denn bekanntlich war es ja jenes in Bezug auf diese In-
tervention mit einer emphatischen Hartnäckigkeit ausgesprochene
„Niemals“ des Grafen Molé, welches als das verhasste Lösungswort
des Cabinets vom 15. April die Coalition, und vor Allem das
linke Centrum so sehr erbitterte. Man sollte also meinen, das Ca-

binet vom 12. Mai bekenne sich jetzt der Hauptsache nach zu der
Politik des Hrn. Thiers und sei bereit, das Programm vom 21. März
unbedingt anzunehmen. Allein dem ist noch nicht so; denn die
wesentlichen Punkte jenes Programms in Bezug auf Spanien wa-
ren, daß dem französischen Geschwader an der spanischen Küste er-
laubt werden sollte, Truppen ans Land zu setzen und an den Feind-
seligkeiten gegen die Karlisten im Interesse der constitutionellen Mon-
archie Spaniens thätigen Antheil zu nehmen. Thiers wollte mit
Einem Wort, in Ermangelung der Cooperation zu Lande, die Co-
operation zur See, und diese wollte man ihm eben nicht zugestehen;
ein Punkt, welcher den Bruch vorzüglich mit herbeiführte. Merk-
würdig ist nur bei der Sache, daß zwei Mitglieder des gegenwärtigen
Cabinet's, die Herren Dufaure und Passy, damals zugleich mit
Thiers jenes Programm unterzeichnet haben, sich aber jetzt nicht
mehr in dem ganzen Umfange dazu bekennen möchten, obgleich Hr.
Dufaure auch in dieser Hinsicht etwas weiter geht als Hr. Passy,
welcher die Bedeutung der fraglichen Clausel in dem Programm
vom 21. März geradezu hinwegleugnen möchte. Grade dies wirft in
den Augen der Opposition noch ein verdächtiges Licht auf die Poli-
tik des Cabinet's, wie sie gestern Marschall Soult und Hr. Dufaure
auseinander gesetzt haben. Man meint, der gute Wille fehle zwar
nicht, allein wenn es zum Treffen kommen sollte, werde es an Muth
und Kraft gebrechen, ihn durch die That zu bewähren; es handle
sich um eine freie und unbedingte Annahme der Politik, wie sie
Thiers gewollt und vorgezeichnet habe; könne man sich dazu nicht
verstehen, so werde man schwerlich je über jene halben Maßregeln
hinauskommen, welche von je her und unter allen Ministerien der
Fluch der spanischen Sache gewesen seien. Hätte das Cabinet vom
12. Mai gleich anfangs eine neue Politik in Spanien verfolgen
wollen, so wäre das Erste, was er hätte thun sollen, die Abberufung
des gegenwärtigen Gesandten in Madrid gewesen, welcher, wie sich
Hr. Blais-Bizoin am Ende der Sitzung ausdrückte, noch bis aufs
Mark von der Politik des 15. April durchdrungen ist. Warum hat
dies das Cabinet vom 12. Mai nicht gethan? Die Antwort auf
diese Frage ist es schuldig geblieben. Ich habe Ihnen aber schon
neulich mitgetheilt, daß die Abberufung des Hrn. v. Fezensac im Ca-
binet wirklich zur Sprache gekommen ist, und daß sie wahrscheinlich
erfolgen werde, sobald man über die Wahl seines Nachfolgers einig
sein wird, bei welcher Marschall Soult zunächst seine Familie berück-
sichtigt haben möchte. — Der Proceß vor dem Parthof ist heute
Mittag ohne alle Störung eröffnet worden. Die Gefangenen sind
erst gestern Mittag nach den Gefängnissen des Luxembourg gebracht
worden. Es hieß zwar schon vor mehreren Tagen, sie seien während
der Nacht dahin abgeführt worden; allein es scheint, daß die Po-
lizei absichtlich dieses Gerücht ausgestreut habe, um zu versuchen, ob
darauf hin die Republikaner etwas zu ihrer Befreiung unternehmen
würden. Ich komme diesen Augenblick aus dem Quartiere des Lu-
xembourg. Alles ist dort völlig ruhig; selbst die dort entwickelte be-
waffnete Macht ist nur gering; die Circulation im Garten ist die
gewöhnliche, und das Volk schien an dem, was im Innern des
Palastes vorgeht, nur geringen Antheil zu nehmen.

© Paris, 26. Jun. Wir leben hier in einem wahren Kriegs-
zustande. Durch die Forderung der Regierung, daß die Kammern des
Landes Geld bewilligen möchten, um die Municipalgarde der Stadt
Paris um anderthalbtausend Mann zu verstärken, erklärt sie, daß sie
sich ihren Feinden gegenüber zu schwach fühle. Unter welchen Um-
ständen geschieht dies? In Paris und dessen Umgebungen liegen
gegen 65,000 M.; in der Stadt wimmelt es von Stadtsergenten,
von Municipalgarde zu Pferd und zu Fuß, von bewaffneten
Pompiers, Gendarmen und endlich von einem Heere nicht unifor-
mirter Polizeiangestellten, wie sich Jeder überzeugen kann, welcher an
einem schönen Abend im Tuileriengarten spaziert. Bezeichnend ist,
daß man grade die Municipalgarde verstärken will. Es ist dies ein
ausgezeichnet schönes Corps, aus gedienten Leuten zusammengesetzt,
in Kleidung und Bewaffnung wie in Bravour und guter Haltung
vortrefflich. Sie werfen sich der Emeute entgegen, während die
Stadtsergenten mehr die Häfserrollen haben, daher auch verhafter
sind als die Municipalgardien, die durch ihre Eleganz und Kühnheit
dem Franzosen zusagen. Sie leiden Verluste bei Emeuten; Probe
davon gab der blutige Tag vom 12. Mai. Man sieht also, woher
die Regierung Gefahr wittert, wenn sie diese Emeutenbändiger ver-
mehrt. Es drängt sich bei Betrachtung der Dinge, die in der un-
mittelbaren Gegenwart geschehen, unwillkürlich der Gedanke auf, man

beabsichtige von Seiten der Regierung, die Kraft der ihr direct feindlichen Streitkräfte zu messen und das Ungewitter, welches nach vieler Darsichalten über der bevorstehenden Feier der Julitage schwebt, durch frühzeitige Entladung unschädlich zu machen. Die Befestigungen im Palais Luxembourg, welche doch bedeutende Annäherungshindernisse gewähren, also den rasch aufwallenden, empfindlichen Pariser eher reizen als abhalten; die Vergitterung eines Theils der Tuilerien, die sonst hinlänglich bewacht sind; die zahlreichen Verhaftungen dieser Tage, die häufig auf ganz nichtigen Gründen beruhen sollen und sehr erbittern; die Öffentlichkeit, welche man vielen Schritten der Polizei, die man sonst geheim zu halten wußte, gibt: Alles deutet darauf hin, daß die Regierung glaubt, es liege in ihrem Interesse, dem Ausbruche der eigentlichen Pocken durch Einimpfung der künstlichen vorzubeugen. Bei Anlaß der Verhaftungen bemerkte ich Ihnen, daß der Franzose, Lenker und Gelenker, keine Begriffe von der persönlichen Freiheit und von dem Asylrechte des Hauses hat; so geschieht es hier häufig, daß Häuser, die vielleicht von 100 Personen bewohnt sind, des Nachts plötzlich von einem Duzend Sergenten durch und durch visitirt werden, unter dem Vorgeben, es sei Ursache vorhanden zu glauben, es halte sich in diesem Haus eine Person auf, welche die Polizei zu ergreifen habe, oder gar, um eine nicht eingeschriebene Maitresse bei ihrem Freunde zu ertappen. Wie ganz anders stellt sich in dieser Beziehung der Engländer dar, dessen politische Institutionen auf Rechtsideen ruhen und praktisch sind. So ist es nun dahin gediehen, daß Unruhen erwartet werden; in einer Stadt wie Paris bedarf es nur dieses, um wirkliche Unruhen zu erzeugen, zumal unter den jetzigen öffentlichen und Privatständen. Einmal herrscht nämlich große Arbeitslosigkeit, herrührend theils von der Jahreszeit, wie das in diesen Monaten in Paris immer der Fall ist, theils von der gegenwärtigen Krisis des Handels überhaupt. Diese Arbeitslosigkeit ist aber in solchem Grade vorhanden, daß die rasch und scharf urthellenden Correctionsgerichte bei Betteln und Vagabundiren officiell dieselbe als Milderungsgrund erklären. Dann fassen die Legitimisten jetzt gewaltig an, denn sie halten den Krieg im Oriente für unvermeidlich; dieser werde in Europa sich ausbreiten und Ludwig Philipp könne sich nur im Frieden halten, denn seine Herrschaft sei auch im Innern erschüttert. Welche Äußerungen von Legitimisten über die Person des jetzigen Königs gehört werden, ist ungläublich; noch vom Vater her weiß man Gehässigkeit auf ihn zu wälzen, und sollten ihre Schilderungen des Benehmens des Herzogs von Orleans zur Zeit der Restauration wahr sein, so wäre er allerdings ein schwarzer Charakter. Uns scheint die Auffassung der andern Feinde von Ludwig Philipp, der Republikaner, wahrer; er sei eben auch ein Bourbon, und seine Haltung in der Restauration und in den Julitagen sei eine zu lange voraus berechneten Zwecken gespielte Rolle gewesen. — Das Steigen der hiesigen Börse schreibt man nicht natürlichen Wirkungen aus dem Stand und Gange der Politik, sondern vereinten Combinationen hiesiger Agioteurs zu. — Was die Frage des Orients betrifft, so hörte ich von einem Manne, welcher die Ansichten des Departements der auswärtigen Angelegenheiten kennen kann, daß die Erhaltung des Friedens schwer falle, wegen der Leidenschaftlichkeit des Sultans, welcher in Mohammed-Ali eben nur einen rebellischen Pascha sieht; nun weiß man, welche Träue und Glauben diesen die Pforte hält; darum handle der Sultan verstockt und eigenständig. Der Vicekönig von Aegypten nehme den Schein des Angegriffenen an, obgleich Syrien ihm vom Sultan nach türkischer Politik und Administration noch viel eher entzogen werden könne als Aegypten. Der Vicekönig von Aegypten gebe sich den Schein, als handle er nur nach dem Willen der vier Mächte, während er der wahre Angreifer sei; Frankreich und Rußland hätten übrigens das gleiche Interesse, den Vicekönig nicht fallen zu lassen.

Deutschland.

† Dresden, 29. Jun. In dem gewöhnlichen Locale der Kunstausstellung auf der Brühl'schen Terrasse sind jetzt die zwölf Reliefs ausgestellt, die Professor Rietschel für die Aula des leipziger Augusteums vollendet hat. Es war dem Künstler die sehr schwierige Aufgabe gestellt worden, in ihrer Reihenfolge die wesentlichsten Momente in der Entwicklungsgeschichte der Menschheit, von den frühesten Zeiten bis auf unsere Tage, zur bildlichen Anschauung zu bringen, und er führt uns mit dem ersten Drittheil seines Werkes in charakteristischen Momenten aus der vorgeschichtlichen Zeit durch die alte Welt, Aegypten, Griechenland und Rom. Das zweite Drittheil stellt in den nächsten vier Reliefs die Verbreitung des Christen-

thums unter den Deutschen, Ritterthum, Handel, Kunst und Wissenschaft des frühen Mittelalters dar, und das letzte endlich umfaßt die Reformation, die Blüte der Kunst in Italien und Deutschland, die Fortschritte in Kunst und Wissen der neuern und neuesten Zeit, repräsentirt durch Mozart, Shakspeare, Goethe, Kant, Lessing, A. v. Humboldt und James Watt, und beschließt sich mit der Feststellung gegenseitiger Rechte. — Es ist jetzt das Programm über die Jubelfeier des am 6. Jul. zu begehenden Erinnerungsfestes der vor 300 Jahren an diesem Tag erfolgten öffentlichen Einführung der Kirchenreformation in unserer Stadt ausgegeben worden, wonach das Fest sehr würdig und seiner hohen Bedeutung angemessen zu feiern beabsichtigt wird.

† Hannover, 29. Jun. Es ist eine Zeit der Windstille eingetreten, welche in vieler Hinsicht schwerer zu tragen ist als die Aufregungen der letzten Wochen. Das Cabinet wird, sobald es nur vor Einmischungen des Bundestages sicher ist, wozu ihm die bekannte Adresse dienen sollte, durch die es wieder auf den am 15. Febr. verlassenem Boden von Vergleichsverhandlungen kam, diese Zeit schon benutzen, nicht um den Widerstand, den das Land immer offener und umfassender entgegenstellt, zu dämpfen (das wird ihm nicht gelingen), aber um seinen Zweck zu erreichen, die Angelegenheit anscheinend, d. h. vor den Augen des Bundestages und soweit dieser durch Art. 13 der Bundesacte und Art. 56 der wiener Schlussacte ein Recht zur Einmischung hat, zu erledigen. Ein Verfassungsentwurf wird ausgearbeitet und vermuthlich erst im nächsten Frühlinge zur Berathung vorgelegt werden, und zwar wiederum denselben Scheinständen, deren Sitzung vor einigen Tagen beendet ward. Außer und allgemein neue Wahlen ausschreiben wird man gewiß nicht, man wird diese zweite Kammer überwintern, in der Zwischenzeit durch einige Wahlen zu verstärken suchen, im nächsten Frühlinge sie wieder berufen und den Verfassungsentwurf vorlegen. Dieser wird ohne allen Zweifel, wenn nur 37 Mitglieber der zweiten Kammer da sind, angenommen werden, und damit würde das Cabinet die Sache als vollständigst erledigt betrachten. Daß das Cabinet grade diesen Gang einschlagen will, haben die Wortführer desselben in der zweiten Kammer, namentlich Klenze, und in der ersten der Cabinetsrath v. Lutken, offen eingeräumt, obgleich man es für angemessen hielt, in der Berichten der Hanoverschen Zeitung nichts davon zu erwähnen. Wenn dann einmal diese neue Verfassung angenommen ist, und die Corporationen würden ihren Widerstand dennoch nicht aufgeben, so würden kräftige Maßregeln gegen dieselben angewendet, jedes Einschreiten des Bundestages alsdann aber als unbefugte Einmischung in die innern Landesangelegenheiten zurückgewiesen werden. Diesem Gange muß das Land, um dessen heiligstes und theuerstes Gut es sich handelt, ruhig und unthätig zusehen; was es seinerseits thun konnte, hat es gethan, jetzt hofft es nur Rettung vom Bundestage. Daß das Manoeuvre von Osnern 1838 wiederholt würde, und, wenn im nächsten Jahre die zweite Kammer beschlussfähig wird, alsdann alle jetzt nicht vertretenen Corporationen Deputirte schicken, die des Landes Recht wahren könnten, geht nicht an; denn wie schon im vorigen, noch mehr aber in diesem Jahre, so würde auch im nächsten das Cabinet jede Wahl, die nicht in seinem Sinn ausfällt, als nicht vorgenommen ansehen, und entweder die Corporation zu einer Wahl auffodern oder den Gewählten gar nicht berufen, wie dergleichen Fälle häufig vorgekommen sind, geschweige daß ihm auch noch die Möglichkeit bleibt, an der Wahl, der Qualifikation des Gewählten u. Ausfertigung zu machen und dessen Eintritt in die Kammer zu verhindern. Dazu bewahrt sich das Cabinet durch Vertagung den jetzigen Bestand der zweiten Kammer, etwa 38 oder 39, unter denen nicht Einer, oder wenigstens nicht zwei, die zum Widerspruche Muth und Unabhängigkeit genug besäßen; ließe also selbst das Cabinet alle und jede Wahlen im Sinne des Staatsgrundgesetzes zu, so würde ihm dennoch die Majorität bleiben. Das Merkwürdigste ist, daß man nun jetzt noch nach der Vertagung Wahlen vornehmen läßt, um ja die Zeit recht zu benutzen, und damit, wenn solche Wahlen misglücken, man unterdeß noch zu neuen auffodern könne. Die Hanoversche Zeitung würde, wenn sie diese Maßregel vertheidigen sollte, ganz einfach fragen, durch welche Bestimmung der Verfassung von 1819 (oder auch selbst des Staatsgrundgesetzes) es der Regierung untersagt wäre, die Wahlen erst nach der Berufung des Landtages vorzunehmen. Die bis jetzt nach der Vertagung vorgenommenen Wahlen sind freilich nicht nach Wunsch des Cabinets ausgefallen. — Leider dauern die durch die

politi
schaf
hat e
geest
den
ladun
schaf
war
Anna
gange
gen
Reib
offen
sein.
Wirt
der g
ange
ford
Auch
siger
Cabin
net n
gekom
nitra
Staat
Inhal
quenz
gen)
binet
suchun
Wahl
versch
diese
comm
schaf
eines
Auffa
Es si
Gange
gen e
Wirt
leidig
*
verord
Credit
zu die
den W
28. u
veränd
herstell
Statu
und B
gem n
werden
ger de
die Z
Statu
haber
dert de
leiden
Auffin
und vo
fürliche
nur d
Auslo
verbun
summe
werden
haber
deren
Nachtr
kann
ditverei

politischen Wirren hervorgehenden Zwistigkeiten unter den Bürgerschaften einzelner Städte noch immer fort, und auch die Residenz hat neuen Zwispalt der Art zu beklagen. Ein neu errichtetes Bürgergeschichtscorps hat den König zur Theilnahme an der bevorstehenden Feier des Freischießens eingeladen. Der König hat diese Einladung sehr huldvoll aufgenommen und den guten Geist der Bürgerschaft belobt; indes ward doch zu verstehen gegeben, daß die Gegenwart des Magistrats, der der Urheber der Zwistigkeiten sei, die Annahme der Einladung verhindere. Auf diese Weise erhält der ganze Vorfall eine politische Farbe, was denn natürlich bei der großen Abhängigkeit der Bürgerschaft an den Magistrat zu allerlei Reibungen Anlaß gegeben hat. Eine von der Königin jenem Corps offerirte Fahne soll aus diesen Gründen nicht angenommen worden sein. Auch andere Kreise werden von den Folgen dieser politischen Wirren ergriffen, wie denn eine auf Denunciation des Deputirten der göttingischen Grundbesitzer gegen einige Militärpersonen wegen angeblich politischer Äußerungen eingeleitete Untersuchung noch immer fortdauert, ohne daß dieselbe bis jetzt ein Resultat geliefert hat. Auch andere politische Untersuchungen sind noch im Gange.

Hanover, 25. Jun. Am 19. Jun. ist dem Cabinet von hiesiger Justizkanzlei ein in Sachen des Professors Servinus gegen das Cabinet von einer auswärtigen Facultät eingesendetes Urtheil eröffnet worden. Näheres ist darüber bis jetzt noch nicht ins Publicum gekommen; da jedoch das Cabinet diese Sache lediglich als Administrativ- und nicht als Justizsache zu behandeln gesonnen ist, der Staatsrath auch in diesem Sinn entscheiden wird, so dürfte der Inhalt dieser Sentenz für die Sache selbst nicht weiter von Consequenz sein. — Gegen den Pastor Sander zu Geismar (bei Göttingen) ist auf eine dësfallige Denunciation und im Auftrage des Cabinets von Seiten des hiesigen Consistoriums eine Disciplinaruntersuchung wegen Aufreizung zum Widerstand, Einmischung in die Wahlen, und auch wegen Abfassung einer Broschüre über die hanoversche Verfassungsfrage eingeleitet. Das Consistorium hat jedoch diese Untersuchung, mit welcher der Amtmann Kern zu Göttingen committirt worden, lediglich auf diese Broschüre und deren Auctorschaft beschränkt. Diese Broschüre ist nur ein besonderer Abdruck eines im Decemberheft 1838 des Politischen Journals erschienenen Aufsatzes: „Die hanoversche Frage und die hanoversche Geistlichkeit“. Es sind übrigens ähnliche Untersuchungen an mehreren Orten im Gange, namentlich auch in der Residenz selbst eine dergleichen, wegen einer dem Deputirten der göttingischen Grundbesitzer an der Wirthstafel widerfahrenen und von ihm zur Anzeige gebrachten Beleidigung. (H. E.)

Schwerin, 28. Jun. Nach einer veröffentlichten Regierungsverordnung, betreffend die bedingte Auflösung des ritterschaftlichen Creditvereins zu Antoni 1840, wird sich der genannte Creditverein zu dieser Zeit auflösen, jedoch sogleich nach seiner Auflösung nach den Bestimmungen, worüber man in der Generalversammlung vom 28. und 29. Mai d. J. übereingekommen, und auf den Grund der veränderten Statuten, in seinen gegenwärtigen Mitgliedern sich wieder herstellen. Die der Regierung zu solchem Zweck vorgelegten neuen Statuten sind von Seiten derselben den gegenwärtigen Verhältnissen und Bedürfnissen entsprechend gefunden worden und werden in Kürzem nach vorgängiger Bestätigung noch vor Antoni 1840 veröffentlicht werden; schon jetzt wird jedoch in Betreff der Verhältnisse der Gläubiger des wieder herzustellenden Vereins von beiden Landesregierungen die Zuführung ertheilt, daß alle Bestimmungen der bisherigen Statuten, welche die Sicherheit der Forderungen der Pfandbrief-Inhaber betreffen, insonderheit hinsichtlich der Zargrundsätze unverändert beibehalten, und die neuen Pfandbriefe nur die Abänderung erleiden sollen, daß der Zinsfuß zu $3\frac{1}{2}$ Procent festgestellt wird, eine Aufkündigung derselben von Seiten der Inhaber gänzlich aufhört, und von Seiten des neuen Creditvereins zwar ebenfalls eine willkürliche Aufkündigung einzelner Pfandbriefe sonst unzulässig sein soll, nur daß eine halbjährliche Einziehung so vieler Pfandbriefe durch Auslösung, als das Bedürfnis des sinkenden Fonds — wozu von den verbundenen Gutsbesitzern $\frac{1}{2}$ Procent der bewilligten Pfandbriefsumme jährlich gezahlt werden muß, und bis zu 5 Procent gezahlt werden kann — es erfordert, eintreten wird, und die Pfandbrief-Inhaber verpflichtet sind, den Betrag der ausgetosten Pfandbriefe gegen deren Rücklieferung im nächsten Zahlungstermine entgegenzunehmen. Nachträglich hierzu ist von der Hauptdirection des Creditvereins bekannt gemacht worden, daß in Folge der Auflösung des bisherigen Creditvereins die Einlösung sämmtlicher cursirender Pfandbriefe mit dem

Antoniceermin 1840 durch Baarzahlung oder Auslieferung weiter, von dem reconstituirten Creditverein auszugebender $3\frac{1}{2}$ procentiger, von Seiten der Inhaber unklünder, aber nach den Bedürfnissen des Tilgungsfonds auslösungsfähiger Pfandbriefe eintreten werde, und daß von dem gegenwärtigen ritterschaftlichen Creditvereine beschlossen worden ist, denjenigen Pfandbrief-Inhabern, welche sich binnen einer bestimmten Frist bereit erklären, neue Pfandbriefe zu nehmen, Prämien zugestehen, und zwar, wenn solches geschieht: a) bis zum 1. Aug. d. J. 2 Procent; b) bis zum 1. Sept. d. J. $1\frac{1}{2}$ Procent; c) bis zum 1. Oct. d. J. 1 Procent, worüber die Pfandbrief-Inhaber bei der Hauptdirection zu Rostock, bei den Kreisdirectionen zu Gadebusch, Güstrow und Neubrandenburg, oder bei den Mandatarialen zu Hamburg, Hanover und Leipzig, je nachdem es ihnen convenirt, ihre Erklärung abzugeben haben. Merkwürdig ist es, daß bei dieser neuen Einrichtung die Vorschläge des Gutsbesizers Adolf Mercker auf Göhren im Jahrgang 1837 des Schweriner Abendblattes, welche damals so vielen Widerspruch fanden, nicht wenig benutzt worden sind.

Vom Main, 29. Jun. Eine Vorstellung des Magistrats der königlichen Residenzstadt Hanover, betreffend: „Protest gegen die Verhandlungen der sogenannten allgemeinen Ständeversammlung zweiter Kammer“, ist am 26. Jun. der hohen deutschen Bundesversammlung durch Dr. Hessenberg überreicht worden. Eingaben zu ähnlichem Zwecke sollen dem Vernehmen nach von Seiten anderer Corporationen in Kürze nachfolgen; die hier erwähnte Vorstellung aber ist ein um so merkwürdigerer Vorgang, als sich der Magistrat der Hauptstadt seither noch gar nicht an den Bundestag gewendet, vielmehr, wie im Eingange der Schrift gesagt wird, einen jedweden positiven Schritt der Art vermieden hatte, „weil es ihm schmerzlich, ja peinlich war, gegen einzelne Regentenhandlungen Sr. Maj. direct aufzutreten und Beschwerden zu führen.“ Weicht aber derselbe jetzt von der bisher befolgten Bahn ab, so liegen davon die Beweggründe in den jüngsten Beschlüssen einer Kammer, deren Zusammensetzung und Bildung kürzlich dargestellt wird: „die des Namens einer ständischen Repräsentation unwürdig, als solche jedes Vertrauens ledig und bloß, aller öffentlichen Achtung entbehrend, vom Lande nicht anerkannt wird und sich dennoch ermächtigt hält, Beschlüsse zu fassen, die das Land binden sollen.“ Da nun in Folge dieser Beschlüsse, wiewol „einer solchen Vereinigung von Personen Niemand, dem die Ehre und das Recht des Landes am Herzen liegt, der es wohl und aufrichtig mit seinem Vaterland und seinem Könige meint, irgend ein Recht oder auch nur den Schatten einer Befugnis zugestehen, über die theuersten Interessen des Vaterlandes zu verhandeln“, die Behauptung aufgestellt worden, „es sei die Verfassung von 1819 in anerkannter Wirksamkeit, und in friedlicher Einigkeit berietten König und Stände die Angelegenheiten des Landes“, so geht der Zweck dieser Eingabe dahin, „diesem irigen, auswärts mit so großer Dreistigkeit verbreiteten Vorgehen und allen daraus gezogenen Folgerungen entgegenzutreten“ und „der Wirksamkeit jener, den Charakter einer verfassungsmäßigen Ständeversammlung völlig entbehrenden Kammer zu widersprechen“. Demnach verwahrt der Magistrat „das Land und die ihm zunächst empfohlene Corporation gegen die Beschlüsse der jetzt vereinigten sogenannten Ständeversammlung, als einer durchaus ungesetzlichen und nur durch gesetz- und observanzwidrige Mittel in anscheinender Wirksamkeit erhaltenen Vereinigung, erklärt nochmals, nur die durch das Staatsgrundgesetz von 1833 eingeführte landständische Verfassung als die rechtlich bestehende anerkennen zu wollen“, und richtet somit sein Gesuch an den Bundestag dahin: „die heiligen, so vielfach und so gewaltsam verletzten Rechte des Landes unter sichern Schutz kräftigst nehmen und für Herstellung des einseitig aufgehobenen Rechtszustandes Sorge tragen zu wollen.“ Zur Unterstützung dieses Gesuches wird nun noch die gegenwärtige Lage des Landes in wenigen, aber scharfen Zügen geschildert. Dieser Schilderung sind Beteuerungen von Ergebenheit und Unterthanentreue beigefügt und die Versicherung des heißesten Wunsches der Hanoveraner für Einigkeit zwischen König und Volk. „Diesen Wunsch aber zu erreichen, bemerken die Petenten, wird, unserer Überzeugung nach, nur unter der einen Bedingung möglich sein, wenn ein Mann an der Spitze des Cabinets steht, der nicht geleitet wird von einseitigen und engherzigen Ansichten, nicht hingegeben ist den Interessen nur eines Standes, nicht den Bürger und die Masse des Volkes geringschätzt, und das Vertrauen des Landes wahrhaft verdient und besitzt.“ Am Schluß endlich heißt es noch: „Könnte Sr. Maj. sich entschließen,

unter Vorbehalt selbst aller der durch das Patent vom 1. Nov. 1837 gegen die Gültigkeit des Staatsgrundgesetzes erhobenen Einwendungen, und lediglich von dem landesväterlichen Wunsche geleitet, dem Vaterlande den Frieden wiederzugeben und die verlorene Ruhe, die Stände des Landes nach dem Gesetze von 1833 zusammenzuberufen und mit ihnen die Änderungen zu berathen, welche das Grundgesetz erleiden kann, um die königliche Sanction zu erlangen: die kurze Zeit weniger Monate würde genügen, jeden Zwiespalt zu schlichten und den Frieden heimzuführen. Lauter Jubel würde das Land erfüllen und den Thron des Königs mit heißen Segnungen umgeben."

Preußen.

Berlin, 28. Jun. Einer Ihrer Correspondenten hat in Nr. 175 von der öffentlichen Hinrichtung eines Handwerkers am 21. Jun. referirt und dabei die Frage aufgeworfen: „Wird man denn nicht lernen, daß ein solches Schauspiel keine Wirkung der Warnung und Abschreckung hat, sondern daß man nur der rohesten Sinnenaufregung damit entgegenkommt?“ Wie weit man aber noch davon entfernt ist, lehrt der Umstand, daß man sogar für das Publicum Gerüste gebaut und die Säge für Geld verkauft, also die Menge recht geflissentlich dazu eingeladen hat. Man kann es nur einer bei uns Gott Lob! seltenen, aber darum nicht minder beklagenswerthen Unaufmerksamkeit der wachhabenden Behörden zuschreiben, daß solch unschicklicher Aufbau nicht verhütet oder, wenn er doch geschah, vor der Benutzung zerstört wurde! Verschwiegen indes darf eine Thatsache wie diese nicht bleiben, wenn es mit der öffentlichen Bildung überhaupt besser werden soll, besonders da hier noch der zufällige Umstand eintritt, daß ein solches Gerüst unter der Menschenmasse zusammenstürzte, und viele Personen die Beine gebrochen oder sich sonst beschädigt haben.

Magdeburg, 29. Jun. Heute Morgen 1/9 Uhr wurde die Eisenbahn von hier bis Schönebeck eingeweiht, wozu sämtliche Behörden eingeladen waren. Im Landhause beim Bahnhof in Schönebeck wurden die Eingeladenen durch ein Frühstück bewirthet, wobei das Lebehoch des Königs, des Kronprinzen, welcher morgen erwartet wird, des Prinzen Karl, dessen Geburtstag heute ist, sowie das der Unternehmer dieses Instituts ausgebracht wurde. Die Fahrten hin und zurück sind ohne den geringsten Unfall vorübergegangen.

Österreich.

Wien, 28. Jun. Der Herzog von Bordeaux befindet sich seit vier Tagen hier, um seinen Ausflug durch Dalmatien, die Militärgrenze und Ungarn mit dem Sommeraufenthalt in Kirchberg, wohin er schon morgen abgeht, zu beschließen. In den Provinzen wurden ihm öffentliche Ehrenbezeugungen zu Theil; hier, in der Residenz des Kaisers, verbietet die Politik dergleichen, und der Prinz wird lediglich als Privatmann betrachtet, wohnt in einem Gasthof und bedient sich der eignen, ziemlich unansehnlichen Equipage. Inzwischen hindert dies unsern Hof nicht, im Familienkreise dem unglücklichen Königssohn alle Theilnahme und Auszeichnung zu erweisen. Der Herzog speiste gestern zum zweiten Male mit dem Kaiser in Schönbrunn, und besuchte Abends das Hoftheater. In einer Gesellschaft des Fürsten Metternich nahm der Prinz durch seine artigen Manieren und die ausgebreiteten Kenntnisse, die er an den Tag legte, Alles für sich ein. — Der Herzog von Braunschweig wird gleichfalls häufig in den kaiserlichen Familienkreis gezogen, und in der großen Welt mit ausgezeichneter Achtung behandelt. Was man von einer Vermählung desselben mit der Prinzessin von Leuchtenberg wissen wollte; wird von Unterrichteten für mehr als eine Unwahrscheinlichkeit gehalten. — Gestern hatte eine Deputation der ungarischen Reichsstände, die in vier Wagen angefahren kam, Audienz bei dem Kaiser in Schönbrunn. Ihr Auftrag war eine Dankagung für die vielen und großen Wohlthaten, welche der König dem Lande nach der letzten unglücklichen Überschwemmung zugebracht, und für den jüngsten Besuch. Was die Landtagsverhandlungen betrifft, so beharrt die zweite Tafel immer noch bei ihrem formellen Widerstande wegen des Grafen Raday, und will früher in keine der königlichen Propositionen eingehen. — Der hiesige Erzbischof hat, wahrscheinlich in Folge der letzten energischen Befehle der Staatsverwaltung, ein Rundschreiben an die Pfarrer erlassen, daß diese in allen Fällen von Ehesachen, wo sie ihr Gewissen beschwert glauben, an das hiesige Consistorium berichten sollen. Damit ist allerdings der Unkenntniß oder dem unzeitigen Eifer einzelner Geistlichen vorgebeugt. — Vorgestern ist hier der erste Prediger der evangelischen Gemeinde augsburgischer Confession, Chr.

Hepfer, zugleich Superintendent von Niederösterreich, Steiermark, Syrien und Venedig, im 67. Jahre gestorben. — Das seit einigen Tagen verbreitete Gerücht, die Pforte habe den Krieg an Mohammed-Ali erklärt und gegen Letztern das Fetwa, den Bannstrahl der Moslemin, geschleudert, erhält sich, obwohl Alles noch auf den Angaben einiger Handelsbriefe beruht.

Die Magdeburger Zeitung meldet aus Frankfurt a. M. vom 22. Jun.: „Man erfährt aus guter Quelle, daß die Buchhändler Osterreichs dem Fürsten Metternich ein Memorandum überreicht haben, worin sie in lebhaften Farben den drückenden Zustand des österreichischen Buchhandels schildern und um Milderung der strengen Censurmaßregeln bitten. Von der weisen Umsicht der österreichischen Regierung läßt es sich wol erwarten, daß sie den Bitten der Buchhändler nachgibt, so weit es bei den einmal in Osterreich stabil gewordenen politischen Grundsätzen der Fall sein kann.“

Türkei.

Konstantinopel, 12. Jun. Der Gesundheitszustand des Sultans hat sich gebessert, obgleich er noch an Blutspieen leidet. Er war bei der Abfahrt der Flotte zugegen und hielt sich mehre Stunden auf dem Admiralschiff auf. Die Pforte wird außer dem Manifeste, worin sie die Gründe angeben will, welche sie zwingen, die Waffen gegen Mohammed-Ali zu ergreifen, noch eine Circularnote an das diplomatische Corps erlassen, worin sie hauptsächlich anführen dürfte, daß das Vordringen Karschid-Pascha's gegen Basfora es ihr zur Pflicht gemacht habe, schnelle Maßregeln zu ergreifen und Hafiz-Pascha zum Angriffe zu beordern. Außerdem will die Pforte wissen und wird dies auch anführen, daß in Persien große Rüstungen auf Antrieb Mohammed-Ali's vorgenommen würden und gegen sie gerichtet seien. Nach Briefen aus Odessa herrscht bei der russischen Südarmerie ungewöhnliche Bewegung. Man schreibt auch von dort, daß frische Truppen, nahe an 20,000 M., in Bereitschaft stehen, eingeschifft zu werden. Diese Truppen sollen jedoch gegen Escherkessien bestimmt sein. Die Pforte steht im Begriff, eine Anleihe von 80 Mill. Piastern abzuschließen.

Ägypten.

Folgendes ist die Übersetzung des Schreibens, das Mohammed-Ali am 22. Rebil-Evel 1255 (4. Jun. 1839) an den Generalissimus der syrischen Armee gerichtet hat: „Ich habe Ihre Schreiben vom 14. und 15. d. M. (Nr. 182) vor Augen, sowie das des Kas-tang-Bei, das an Sie gerichtet wurde, woraus ich erfahren habe, daß einige Abtheilungen der türkischen Cavalerie die Dörfer des Bezirks von Antab geplündert und von Uru Besitz genommen haben. In Folge dessen verlangen Sie von mir die Linie Ihres Benehmens vorgezeichnet, welche Sie unter diesen Umständen zu befolgen haben; ich habe auf der Stelle diese drei Documente übersehen und dieselben den Generalconsuln der vier großen Mächte in Alexandrien mittheilen lassen. Nachdem sie über ihren Inhalt lange Erörterungen gepflogen, haben sie mir gesagt: „Es liegt beständig im Interesse Ev. Hoheit, sich auf der Defensiv zu erhalten; aber dabei muß der Generalissimus Gewalt mit aller in seiner Hand befindlichen Gewalt zurücktreiben; es ist daher wesentlich, daß Ibrahim-Pascha einen Offizier an Hafiz-Pascha sendet, um von ihm Erklärungen über sein Betragen zu fordern, und während dies geschieht, ist es angemessen für ihn, um die Provinz und Besatzung von Antab gegen einen Handstreich zu decken, diese Stadt zu besetzen und eine hinreichende Anzahl Truppen dorthin zu senden, und wenn, trotz diesen Vorsichtsmaßregeln, die Türken bei ihren Anschlägen verharren und gegen Antab marschiren, so muß die Besatzung sich gegen das Armeecorps zurückziehen, welches zu gleicher Zeit vorwärts gehen und der türkischen Armee entgegen marschiren wird. Durch diese Maßregel wird die Schlacht nur auf ägyptischem Grund und Boden statt finden; dadurch beweisen Sie leicht, daß der Angriff von der entgegengesetzten Seite statt gefunden.“ Diese Auseinandersetzung schien mir um so angemessener, als sie völlig mit dem von mir bisher in dieser Hinsicht eingeschlagenen Verfahren übereinstimmt. In Folge dessen fordere ich Sie, mein Sohn, auf, sich genau an den Inhalt des gegenwärtigen Schreibens halten zu wollen.“

Ein im Sub de Marseille enthaltenes Schreiben aus Alexandrien vom 6. Jun. meldet: „Ein aus Konstantinopel hier eingetroffener außerordentlicher Kurier hat der ägyptischen Regierung folgende Nachrichten überbracht: Die durch Rußland angefangenen Unterhandlungen, um eine Ausgleichung zwischen der Türkei und Ägypten zu bewerkstelligen, scheinen abgebrochen zu sein; eine neue Politik scheint die Angelegenheiten bei der Pforte zu leiten; der Krieg wird wahrscheinlich. Der Sultan hat die Versicherung empfangen, daß bei dem ersten Treffen alle Bevölkerungen Syriens sich gegen die ägyptische Armee erheben werden.“

De. i. ist unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Druck und Verlag von G. C. Brockhaus in Leipzig.

Ankündigungen.

Bekanntmachung.



Mit Bezugnahme auf unsere Bekanntmachung vom 27. April d. J. machen wir die Herrn Inhaber von Quittungsbogen der Berlin-Sächsischen Eisenbahn-Gesellschaft darauf aufmerksam, daß die ausgeschriebene vierte Einschusszahlung von 10 Procent oder 20 Thlr. auf den Quittungsbogen, an die Gesellschafts-Kasse, in dem neuen Locale unter dem **Sindens Nr. 6**, in den Vormittagsstunden von 9 bis 12 Uhr, vom 1. bis 15. Juli d. J. zu leisten ist und daß auf jeden Quittungsbogen wiederum die Zinsen à 4 Procent, seit der dritten Einschusszahlung, mit 7½ Sgr. als baar gezahlt in Anrechnung zu bringen sind.

Zur Beschleunigung der Abfertigung ersuchen wir, die einzureichenden Quittungsbogen mit einem Nummer-Verzeichnisse zu versehen.
Berlin, den 26. Juni 1839.

Direction der Berlin-Sächsischen Eisenbahn-Gesellschaft.
Hoch. Hobe. Carl. Meyer.

[1755]



[1761]

Bairisch-Württembergische Donau-Dampfschiffahrt.

Dienst mit zwei Schiffen von 60 und 75 Pferdekraft. Abfahrt von Regensburg nach Linz während der Monate:

Julius 2., 4., 7., 9., 12., 14., 17., 19., 22., 24., 27., 29.

August 1., 3., 6., 8., 11., 13., 16., 18., 21., 23., 26., 28., 31.

Rückfahrt von Linz stets am zunächst folgenden der vorstehenden Tage. Die directe Verbindung zwischen Linz und Wien ist sowohl durch die Schiffe der österreichischen Gesellschaft als durch täglich abgehende Eilwagen hergestellt.

Die Schiffe legen die Reise stromabwärts in einem, aufwärts in zwei Tagen zurück. Ankunst in der Regel Abends 8 Uhr in Regensburg, von wo täglich um 10 Uhr Abends ein Eilwagen über Nürnberg nach Frankfurt abgeht.
Regensburg, im Mai 1839.

Die Direction.

Miniaur-Bibliothek

der

Deutschen Classiker.

Eine Auswahl des Schönsten und Bediegensten
aus ihren
sämmtlichen Werken.

Mit den Bundesgesetzen über literarisches Eigenthumsrecht conforme,
rechtmäßige Ausgabe in 150 Bändchen.

Mit von Meisterhand gestochenen Bildnissen, Lebens-
beschreibungen und einer
prachtvollen Gratis-Zugabe
für die ersten 25,000 Subscribenten.

Diese ebenso elegante als portable **Miniaur-Bibliothek** — die wahre Quintessenz unserer classischen Literatur — erscheint in broschirten Bändchen von 6 bis 8 Bogen zu 2 Groschen oder 9 Kreuzer Rhein. auf dem schönsten **Belinpapier** in Zwischenräumen von 10—12 Tagen. — Das erste Bändchen ist versendet und durch alle Buchhandlungen zu erhalten. 10,000 Exemplare sind bereits verkauft. Vorausbezahlung wird nicht verlangt, und man verpflichtet sich immer nur für die beiden nächsten Bändchen. —

Jeder Knabe, jeder Jüngling, der auch nur einen Groschen wöchentliches Taschengeld erhält, ist im Stande, sich die **Miniaur-Bibliothek** anzuschaffen, und jeder Vater wird eine ebenso nützliche als genussreiche Verwendung des Geldes billigen und um so lieber unterstützen und befördern, wenn er weiß, daß in der **Miniaur-Bibliothek** nichts Aufnahme findet, was den sittlich-reinen Gefühlen und Begriffen der Kindheit und Jugend im mindesten zu nahe treten könnte. Die **Miniaur-Bibliothek** nimmt, ihrer Bestimmung nach, unter den Mitteln für edle, deutsche Herzens- und Geistes-Bildung, für die Erhebung der Jugend zu großen Gefühlen, für die Verbreitung einer **erhabenen Gesinnung** — (der Schupengel des Lebens gegen Verführung und Laster!) — die oberste Stelle ein. Alle in der **Miniaur-Bibliothek** vereinigte Blüten unserer classischen Literatur sind **Zunderstecken**; so lieb wie dem gegenwärtigen Geschlecht, so werth sind sie Kind und Kindeskindern noch, und darum muß auch die **Wirksamkeit** der Bibliothek **bleibend**, sie muß **unvergänglich** sein.

Um aber auch dem völlig Unbemittelten einen Weg zu zeigen, sich die **Miniaur-Bibliothek** ganz **umsonst** zu erwerben, so haben wir die Einrichtung getroffen, daß Jeder, der Theilnehmer für fünf

Exemplare sammelt, von jeder Buchhandlung ein sechstes für sich **unentgeltlich** erhalten muß. Gewiß ist es leicht, auch im kleinsten Freundes-Kreise für ein solches Werk die erforderliche Theilnahme zu finden! —

Ein prachtvolles Tableau — keine Lithographie! — sondern ein herrlicher Stahlstich von Meisterhand mit den lebensvollen Bildnissen der Heroen deutscher Literatur:

Schiller's, Goethe's, Jean Paul's und Klopstock's, ist das den ersten 25,000 Theilnehmern der Bibliothek bestimmte kostbare Geschenk. Für sich bestellt, kostet dieses Kunstblatt einen **Friedrichsdor.** — Es wird jedem Subscribenten der **Miniaur-Bibliothek** mit dem letzten Bändchen kostenfrei eingehändigt.

Hildburghausen, Amsterdam, Paris und Philadelphia,
im Juli 1839.

[1760]

Das Bibliographische Institut.

[1720] Im Verlage der unterzeichneten Buchhandlung ist soeben erschienen und in allen Buchhandlungen zu haben (in Leipzig bei **B. Hermann**):

Predigt-Entwürfe

über wichtige den jetzigen Standpunkt der
Religions-Wissenschaft und den Geist un-
serer Zeit berührende Gegenstände.

Herausgegeben von

Dr. J. Geise,

Metropolitane in Solberg.

Kl. 8. Preis 9 Gr.

J. Luchhardt'sche Hofbuchhandlung.



Falsche Preisangabe.

Wir verkaufen unsere **Bestellzettel Schema Ia & b** und II nach Vorschrift des Gesetzes vom 16. Mai 1839 nicht, wie fälschlich angezeigt, das Buch für 7 Gr., sondern für — 5 Gr.

Zugleich machen wir dabei auf die gleichfalls bei uns erschienenen **Eithographirte und gedruckte Vorladungen an Postverbreiter** nebst dazu gehörigen **Anmerkungen**, nach Vorschrift des Gesetzes vom 2. April 1838 aufmerksam, welche fortwährend das Buch 6 Gr.

bei uns zu haben sind.

[1740—41]

Verlags-Comptoir in Grimma.

Programm

zu der Reformations-Jubelfeier des 6. Juli 1839 zu Dresden.

Das Erinnerungsfest an die vor dreihundert Jahren, am 6. Juli 1539, erfolgte öffentliche Einführung der Kirchenreformation in unserer Stadt wird, um dem allgemeinen Wunsche der hiesigen Einwohnerschaft zu entsprechen, mit allerhöchster Genehmigung

Sonnabend, den 6. Fünftigen Monats,

in der Residenz begangen werden. Zu einer würdigen Feier jenes hochwichtigen Ereignisses sind im Verein mit den Stadtverordneten die nachstehenden Bestimmungen von uns getroffen worden, die wir hiermit zur Kenntniß des Publicums bringen.

1) Vormittags den 5. Juli wird in den protestantischen Schulen eine Vorfeier des Festes, und was die höhere Bürgerschule zu Neustadt betrifft, in einem der Säle des dasigen Rathhauses stattfinden, eine gleiche Vorfeier auch Nachmittags 3 Uhr im Saale des Gewandhauses von Seiten der hiesigen Kreuzschule durch einen feierlichen Schulsact veranstaltet und bei dieser Gelegenheit eine von dem Hofmünzgraveur Krüger auf das Jubelfest geprägte Medaille an die vorzüglichsten Schüler und Schülerinnen der Bezirks- und Armenschulen, als ein bleibendes Andenken, vertheilt werden.

2) Mittags 1 Uhr wird das Fest mit den Glocken sämtlicher evangelischen Kirchen eingelautet.

3) Den Anbruch des Festes verkünden den 6. Juli früh 4 Uhr, wie bei andern hohen Festen, drei Kanonensalven, eine Reveille der Gar-nison und Communalgarde, und das halbstündige Lauten der Glocken, an welches sich

in der Altstadt, vom Kreuzthurme und
in der Neustadt, vom Thurme des dasigen Rathhauses
der Gesang des Schülerchores: „Sei Lob und Ehr“, mit Posaunenbegleitung anschließt.

4) In den festlich geschmückten evangelischen Kirchen der Stadt beginnt der Gottesdienst gleichzeitig Morgens 8 Uhr.

5) In der Altstadt, Neustadt und Friedrichstadt findet ein feierlicher Zug in die Kirchen, und zwar, was die Altstadt betrifft, in die Kreuzkirche, als die Hauptkirche, statt.

6) Zur Theilnahme an dem letztern versammeln sich früh 7 Uhr

a) auf dem altstädter Rathhause:
diejenigen Mitglieder der königlichen Civil- und Militärbehörden, in-gleichen diejenigen Fremden, die in Folge besonderer Einladung an dem Zuge Theil nehmen, der Stadtrath und das Stadtgericht und deren Aemtern, die Stadtverordneten, die Armenvorsteher und -Pfleger, die Polizeibezirksvorsteher, die Kirchväter der Kreuz- und Frauenkirche, die Gemeinderäthe und Gerichtspersonen der in beide Kirchen eingepfarrten Dorfschaften und die Ältesten sämtlicher hiesiger Innungen;

b) in der Sacristei der Kreuzkirche:
die Geistlichkeit, die Lehrer der Kreuzschule und das Schülerchor der letztern, sowie sämtliche Lehrer, welche an dem Festzuge Theil zu nehmen wünschen.

7) Die Geistlichkeit nebst dem Lehrpersonal und das Schülerchor der Kreuzschule verläßt 7 $\frac{1}{2}$ Uhr unter dem Lauten der Glocken das Portal der Kreuzkirche und begibt sich in Procession durch die von der Communalgarde gebildete Haje bis zum Rathhause, wo sie die daselbst zur Theilnahme am Zuge Versammelten empfängt, und unter Abstin-gung des Chorals: „Eine feste Burg ist unser Gott“, dem gemeinschaftlichen Zuge nach der Kirche vorantritt.

Beim Eintreffen des Zuges in die Kirche beginnt die gottesdienstliche Feier, welcher auf reservirten Plätzen alle Theilnehmer am Festzuge beiwohnen.

An die Predigt des Hrn. Consistorialrath und Superintendent Dr. Heymann knüpft sich das Te Deum nach Haff's Composition.

8) Nach beendigtem Gottesdienste verläßt der Zug um 11 Uhr die Kirche unter dem Geläute der Glocken in der Ordnung, wie er in dieselbe eingetreten, kehrt durch die Communalgardehaje auf den Altmarkt zurück und versammelt sich in dem von der Communalgarde daselbst gebildeten Viereck, in welchem inmittelst die Festzüge aus der Neustadt und Friedrichstadt, ingleichen vom Gewandhause aus der Zug sämtlicher Innungen mit ihren Fahnen und Insignien eingetroffen sein werden.

Unter Begleitung der hier aufgestellten Musikkö-re wird das Lied:
„**Kun danket alle Gott**“

von der Versammlung gesungen, worauf der Zug in das Rathhaus zurückkehrt und sich dort trennt.

9) In Neustadt wird der Festzug in die Kirche von dem Saale des Rathhauses aus durch die Lindenallee, in Friedrichstadt vom dasigen Seminar aus stattfinden, und haben sich daher diejenigen Mitglieder der königlichen Civil- und Militärbehörden, sowie diejenigen unserer Mitbürger, welche an einem oder dem andern dieser beiden Festzüge Antheil zu nehmen gesonnen sind, früh 7 Uhr dort zu versammeln.

Die näheren Bestimmungen bleiben den betreffenden Kircheninspectoren vorbehalten.

10) Der um 2 Uhr in allen Kirchen der Stadt, der Vorstädte, der Neustadt und Friedrichstadt beginnende Mittagsgottesdienst ist zu einer besondern Feier für die Schulen bestimmt.

Die letztern begeben sich daher in Procession, geleitet von ihren Lehrern, von den für sie bestimmten Versammlungsorten aus in die ihnen angewiesenen Kirchen.

11) Abends 7 Uhr wird mit allerhöchster Genehmigung von der königlichen musikalischen Kapelle und dem königl. Hoftheater-Singchor, mit gütigst zugesicherter Unterstützung der Dresdner Singakademie, der Ehre der hiesigen Stadtschulen und Seminaristen und mehrerer anderer Musikkö-re, in der Kirche zu Neustadt zum Besten der Armen aller Confessionen

„die Schöpfung von Haydn“
aufgeführt und das Nähere durch Anschläge noch besonders bekannt gemacht werden.

12) Bei einbrechender Dunkelheit werden die beiden Rathhäuser zu Altstadt und Neustadt, und da der Bau der Kuppel der Kreuzkirche die Ausführung einer vollständigen Beleuchtung ohne Gefahr nicht gestattet, die Kuppel der Frauenkirche, ingleichen die städtischen Schulgebäude, auch der Platz vor dem königlichen Schlosse durch Gasflambeaus, beleuchtet werden.

Die Beleuchtung der Privathäuser stellen wir in das Ermessen unserer geehrten Mitbürger.

13) Sämtliche in den verschiedenen Instituten der Commu befindliche Pflanzlinge, sowie die hiesigen Armen erhalten eine Festpeisung. Möge der, der Einwohnerschaft der Residenz eigenthümliche Geist der Ordnung und des Anstandes auch die Feier dieses bedeutungsvollen Tages im echt evangelischen Sinne erhöhen!

Dresden, am 24. Juni 1839.

Der Rath zu Dresden.

Süßler, Orgmstr.

[1759]

Der Seidenbau-Verein für das Kö-nigreich Sachsen

bringt hierdurch zur öffentlichen Kenntniß, daß die Zucht der Seiden-raupen begonnen hat, und ladet alle Freunde vaterländischer Industrie ein, seine Einrichtungen, zu Leipzig in dem dazu erbauten Hause (neuer Anbau zwischen der Dresdner Chaussee und der Milchinsel), zu Dres-den in dem Garten des Herrn Kammerherrn B. von Carlowitz (Fried-riehstadt), in Augenschein zu nehmen, und sich überhaupt mit dem glücklichen Fortgange des gemeinnützigen Unternehmens bekannt zu machen. Wegen steter Pflege und Beaufsichtigung der Raupen wird der Besuch der Anstalten in den Abendstunden von 5 bis 7 Uhr am willkommensten sein. [1713—15]

16te grosse Staats-Lotterie zu Leipzig

von 34,000 Loosen à 40% Thlr. Einlage und 17,000 Gewinnen, am Betrage 1,240,000 Thlr. preussisch Courant in 5 Klassen und folgenden Posten eingetheilt, als: Thlr. 100000, 50000, 30000, 20000, 10000, 10000 — 86 Mal 5000, 4000, 3000, 2000 und 1000 — 1488 Mal 400, 200 und 100 r. Die Sitzungen 2ter, 3ter, 4ter und 5ter Klasse geschehen am 15/., 12/., 9/., 7/10 1839. Kauf-

Original-Loose zur 1ten Klasse à 16%, Thlr. oder à 40%, Thlr. für alle Klassen können stets und bis zur 5ten Klasse brieflich von mir bezogen werden.

[1758]

Der concessionirte Collecteur
Moritz Meyer jun. in Leipzig.

[1757] Concert-Anzeige.

Donnerstag, den 4. Juli, findet zu einem besondern Zwecke ein

grosses Vocal- und Instrumental-Concert

im Saale des Gewandhauses statt. Eintrittskarten zu 12 Gr. sind bis Donnerstag Mittag in der Musikalienhandlung des Herrn Fr. Kistner zu erhalten, an der Kasse kostet das Billet 16 Gr.

Der Anfang des Concerts, bei welchem Fräulein Botgor-scheck, vom Hoftheater in Dresden, gütigst mitwirken wird, ist 7/7 Uhr.

Das Nähere wird das Programm enthalten.

Dr. Demuth, Ch. G. Frege, Porsche, Söhlmann.

(Mit einer Beilage.)

Spanien. — Großbritannien. — Frankreich. — Deutschland. (Stuttgart.) — Preußen. (* Berlin.) — Italien. (Rom.) — Schweden und Norwegen. (Christiania.) — Serbien. — Mexico. — Brasilien. — Börsennachrichten.

Spanien.

Die Gazette de France meldet in einem Schreiben aus Jorzoja vom 20. Jun.: „Don Carlos ist mit seiner ganzen Familie am 18. Jun. von Durango abgereist und Abends über Galdacano zu Arancubitiaga angekommen. Am andern Tage hielt er zu Areta über die castilische Division Heerschau, worauf er die ganze Linie bis Drosco und Slobio in Augenschein nahm und alle darauf errichteten Befestigungswerke, wie die Besatzungen derselben besichtigte. Zu Slobio besuchte er in Begleitung seiner Familie das Militairhospital. Don Carlos hat bei der erwähnten Heerschau folgende Anrede an die Soldaten gerichtet: Soldaten! indem ich heute über euch Revue gehalten, habe ich die Gewissheit des Sieges leuchten sehen. Ich bewundere eure Disciplin, eure Tapferkeit, die Beweise der Liebe, die ihr mir soeben gegeben, sowol wie eure Loyalität. Die Feinde meiner Rechte sind Zeugen eurer übermäßigen Schnelligkeit gewesen; ihre Herzen müssen das ganze Gewicht des Verbrechens allein fühlen, welches das Vaterland mit Unglück und Trauer bedeckt. Ihr werdet sie besiegen, und an dem Tage, wo ihr den Frieden errungen, werdet weder ihr noch eure würdigen Generale und Anführer etwas weiter zu wünschen haben! Die Belohnungen, die euch sicher erwarten, und der Segen Spaniens werden euch unsterblich machen. Soldaten! ich habe stets an euren Entbehrungen Theil genommen, und ich werde euch dafür würdig zu belohnen wissen. Diese Provinzen, Catalonien, Aragonien, Valencia, haben uns gesehen und bewundert. Sie sind nicht weit von uns, die Tage von Driamendi, Huesca, Barbastro und Villar de Navarros. Muth, Soldaten! kämpft mit Begeisterung, Gott ist mit uns; dienen wir ihm und wir werden triumphiren. Ich erwarte Alles von eurer Tapferkeit, wie ihr hoffen müßt, daß ich euch mit der größten Freude mit Lorbern krönen werde. Euer General und König Carlos.“

Großbritannien.

London, 25. Jun.

Parlaments-Verhandlungen. Oberhaus. Sitzung vom 24. Jun. Lord Brougham verschob die zweite Lesung seines die Volkserziehung betreffenden Gesetzentwurfes bis auf den 2. Jul. Der Marquis v. Lansdowne machte den Antrag, den Gesetzentwurf, der den Zweck hat, eine frühere zeitweilige Verfügung, welche bei der Discontirung von Wechseln, als Ausnahme von den Bucherzesehen, mehr als 5 Proc. Zinsen erlaubt, zu einem fortwährend gültigen Gesetze zu machen, im Ausschusse zu erörtern. Die Erfahrung, sagte er, habe seit mehreren Jahren die wohlthätigen Wirkungen jener Verfügung bewährt, und in Beziehung auf Handelsverhältnisse sei eine solche Maßregel unumgänglich notwendig. Er setzte hinzu, er habe die Absicht, im Ausschusse zu beantragen, daß das Gesetz auch auf andere, jetzt nicht in demselben begriffene Sicherheiten, nämlich Schatzkammerscheine, Schuldscheine der ostindischen Compagnie und andere Papiere der Art ausgedehnt werde. Der Herzog von Wellington stimmte dem Grundsatz der Maßregel zwar bei, wollte der gesetzlichen Verfügung aber nicht eine fortwährende Gültigkeit gestatten, weil dadurch zu vielfachen Betrügereien Gelegenheit gegeben werden könnte. Er führte an, daß namentlich Offiziere und ihre Familien Opfer solcher Betrügereien geworden wären. Er glaube nicht, daß die Gesetzgebung durch die Aussicht auf die stete Fortdauer jenes Gesetzes Diejenigen, die betrügerische Absichten hegen, in den Stand setzen dürfe, dieselben auszuführen, und wolle den Antrag machen, dem Gesetze nur bis zum 1. Jan. 1842 Gültigkeit zu geben. Der Gesetzentwurf ging mit dieser Aenderung, für welche sich eine Mehrheit von 17 Stimmen erklärte, durch den Ausschuss.

Unterhaus. Sitzung vom 24. Jun. Unter den vorgelegten Bittschriften, deren Mehrzahl gegen den Erziehungsplan der Regierung gerichtet war, befand sich auch ein von O'Connell überreichtes Gesuch seiner Wähler in Dublin, welche sich beschwerten, daß seit der Reformbill der Gemeinderath der Stadt früher unbekannt erdichtete Stimmberechtigungen eingeführt habe, und um Maßregeln zur Abhilfe dieses Mißbrauches bat. O'Connell kündigte an, er werde diesen Gegenstand später zur Sprache bringen. — Nachdem sich das Haus in einen Ausschuss verwandelt hatte, beantragte Lord J. Russell, der Regierung zur Beförderung der Volkserziehung in Großbritannien 30,000 Pf. St. für das Jahr 1839 zu bewilligen. In seiner Rede warf er einen Blick auf die verschiedenen Vorwände, unter welchen sich die Opposition gegen den vorgeschlagenen Plan erhoben habe, und bemerkte, die Einwendung gegen denselben bestehe eigentlich darin, daß sie abgeneigt sei, irgend etwas zur Erziehung des Volkes in andern Grundsätzen als den Lehren der herrschenden Kirche zu bewilligen. Man könne behaupten, daß die ge-

sammte Erziehung der Kirche überlassen werden, ja behaupten, daß der Staat keine Geldmittel bewilligen solle, die nicht der Kirche zur Verfügung übergeben würden; aber dieses sei nicht die Frage, sondern, ob 30,000 Pf. St. für Erziehungszwecke bewilligt oder verweigert werden sollten. Dies sei der Antrag, und statt die bewilligten Geldmittel der Verfügung des Schatzamtes, wie früher, zu überlassen, solle die Verwendung derselben einem Ausschusse des geheimen Rathes anvertraut werden. Er sehe nicht, auf welchem Grund man eine Verweigerung stützen könne. Er könne es begreifen, wenn man behaupten wolle, daß der Staat keine andern Lehren als die Meinung der mit dem Staate verbundenen Landeskirche begünstigen, und daß keine abweichende Lehre durch eine Abstimmung des Parlaments ermuntert werden solle; aber in Beziehung auf die vorliegende Frage: ob die zu bewilligenden Geldmittel dem Ausschusse des geheimen Rathes oder dem Schatzamt übergeben werden sollten, sehe er keinen Grund, die Bewilligung für Erziehungszwecke abzulehnen. Der Redner machte Anspielungen auf die auffallenden Meinungsverschiedenheiten unter den Conservativen, die auch in dieser Verhandlung wieder hervortraten. Lord Mahon setzte dem Antrag eine gerade Verneinung entgegen. Er sagte, die Opposition würde nichts gegen eine Bewilligung einwenden, die auf denselben Grundsätzen ruhe wie die früheren, und der Einwurf stütze sich darauf, daß in dem Grundsatz der Verwendung eine Veränderung gemacht worden sei. Er legte besonderes Gewicht auf den Umstand, daß sich die Volksmeinung in 3300 Bittschriften gegen den Plan der Regierung erklärt habe. Nachdem Hr. Baines die Hoffnung ausgesprochen hatte, daß die Regierung mit Festigkeit handeln werde, ohne auf die gegen sie gerichteten Angriffe zu achten, erklärte sich Lord Teignmouth gegen Schulen, deren jede eine eigne Bibelübersetzung haben solle, und gegen ein System allgemeiner Erziehung. Hr. Langdale vertheidigte den Plan, weil derselbe der Ungerechtigkeit abhelfe, die Katholiken von der Nationalerziehung auszuschließen. O'Connell machte denselben Grund geltend und bemerkte, man habe die Frage auf das Gebiet der Parteilichkeit gespielt. Hr. Cresswell äußerte, er wolle Niemand wegen Glaubensmeinungen tadeln, aber man möge ihm nicht ansinnen, für Lehren zu bezahlen, die er für irrig halte. Er rügte zugleich, daß eine so wichtige Bewilligung durch eine Abstimmung gewährt werden solle, an welcher das Oberhaus nicht Theil nehme. Hr. Vernon Smith behauptete, eine Geldbewilligung gehöre zu den eigenthümlichen Vorrechten des Unterhauses und werde von demselben ohne Rücksicht auf den andern Zweig der Gesetzgebung gewährt, und berief sich auf die Voranschläge der letzten Jahre. Sir G. Clerk widersetzte sich dem Plane der Regierung, besonders in Beziehung auf Schottland, da aus den Worten der für Großbritannien verlangten Bewilligung hervorgehe, daß auch die schottischen Schulen, welchen man eine Unterstützung gewähren wolle, unter die Aufsicht des Ausschusses des geheimen Rathes gestellt werden sollten; die Schottländer aber seien mit ihrem Volkserziehungssysteme zufrieden, einem biblischen Systeme, das mit ihrer Landeskirche eng verbunden sei. Hr. Sheil vertheidigte den Plan der Regierung gegen einzelne Einwendungen und sagte am Ende seiner Rede, das Haus möge sich an des Heilands Worte erinnern, daß man die Kinder zu Ihm kommen lassen möge. Hr. Goulburn erwiderte darauf, daß, weil er fürchte, der neue Plan sei jener göttlichen Botschrift entgegen, er sich demselben widersetze. Er äußerte, daß die vier Minister, welche die Aufsichtsbehörde bilden sollten, sich eben nicht durch Eifer für die Landeskirche auszeichneten. Zugleich machte er die Bemerkung, daß zwar das Oberhaus bei Geldbewilligungen nicht gegen die Abstimmung des Unterhauses sich erhebe, daß man sich aber nicht wundern möge, wenn dasselbe künftig, um seinen Charakter und seine Rechte zu wahren, einen andern Weg einschlage. Nachdem Lord J. Russell einige Worte auf Goulburn's Bemerkungen gegen den Plan erwidert hatte, wurde zur Abstimmung geschritten, bei welcher der Antrag der Regierung von 275 gegen 273 Stimmen angenommen wurde.

Frankreich.

Paris, 27. Jun.

Deputirtenkammer. Sitzung vom 25. Jun. Bei Fortsetzung der Debatte über die verlangten außerordentlichen Ergänzungsgedite ergriff in Bezug auf die durch die Expedition nach Mexico und Buenos Ayres notwendig gewordenen Ausgaben Hr. Salvandy zur Vertheidigung des vorigen Ministeriums das Wort, um auf dem im Commissionsberichte, zwar nur leise ausgedrückten Tadel des bei diesem Unternehmen eingeschlagenen Verfahrens zu antworten. Der hauptsächlichste Vorwurf in dem Commissionsberichte beschränkte sich darauf, daß man durch die geringe Anzahl und die dadurch notwendig gewordene Vertheilung der französischen

Kriegsfahrzeuge an den mexicanischen Küsten die Regierung jenes Landes zu dem Verstande überführt habe, daß man es entweder nicht ernstlich meine, oder daß Frankreich nicht die nöthigen Hülfsmittel besitze, sich Gerechtigkeit zu verschaffen; während Mexico nicht gewagt haben würde, Widerstand zu leisten, sobald die Anwesenheit eines ehrfurchtgebietenden Geschwaders das Ultimatum vom 21. März unterstügt und dem Admiral positive Instruktionen erteilt worden wären, in bestimmten Fällen Gewalt zu gebrauchen. Der Redner hielt sich bei Verteidigung des vorigen Ministeriums in allgemeinen Bemerkungen über die Verhältnisse Frankreichs zu den verschiedenen Mächten und zu den amerikanischen Staaten insbesondere, um zu zeigen, daß Frankreich überall, wo sich Schwierigkeiten erhoben, Anerkennung und Abstellung seiner Beschwerde erhalten. „Es gibt eine zwiefache Politik, äußerte er unter Anderem; jene der verständigen, festen, aufgeklärten Cabinete, welche die Thatsachen kennen, welche manchmal leidenschaftliche Erörterungen anknüpfen, während sie jedoch stets versuchen, sich über verschiedene Beziehungen der Völker, ihre Interessen, ihre Art die Geschäfte zu leiten, und ihre Politik aufzuklären. Dies ist die Politik der großen Cabinete, wie der zu London und Petersburg, Wien und Paris. Es gibt eine andere Politik, die auf dieser Tribune von einem Staatsmann mit einem harten Ausdrucke bezeichnet wurde, und die ich einfach die Politik des Marktes nennen will, eine Politik, die weniger aufgeklärt, weniger klug ist.“ Hr. Stais-Bizoin: Aber nationaler. Hr. Salvandy: Ich nehme das Wort auf — eine Politik, die das Verdienst besitzt, bis zum höchsten Grade des Argwohns national zu sein, patriotisch bis zur Verkennung aller notwendigen Völkerbeziehungen, die man doch stets kennen muß, um ihren Geschicken vorzusehen; aber eine Politik, der es an der notwendigen Aufklärung mangelt, der nur unvollständige und oft falsche Aufschlüsse und zwar auf dem Wege der Journale zukommen. „Der Redner nahm hierbei die Gelegenheit wahr, einen heftigen Ausfall auf die Presse zu thun, welche die Regierung in den Augen des Auslandes herabzuwürdigen suchte und dadurch selbst die freien Institutionen bei Vielen in Miscredit bringe. Auf die Frage selbst übergehend, suchte er die Ansicht des vorigen Ministeriums zu verteidigen, daß man durchaus nicht habe sogleich zu offenen Gewaltschritten gegen Mexico schreiten dürfen; daß man hingegen die Blockade so streng, als möglich erschien, aufrecht erhalten und auf diese Weise das Ultimatum auf das nachdrücklichste unterstützt habe; Beweis dafür sei die Thatsache, daß während der ganzen Dauer der Blockade 47 Fahrzeuge versucht hätten, den Küsten Mexicos sich zu nähern, und 46 davon von dem Blockadeschwader weggenommen worden seien. Sobald sich das Mittel der Blockade als unzureichend erwiesen, habe man zur Gewalt geschritten und dies zwar erst dann, als die Bedingungen des Klimas, der See und des Gesundheitszustandes in jenen Gegenden das Gelingen dieses Versuchs am meisten verbürgten und den geringsten Aufwand an Menschen erforderten. — Unter den Rednern, welche hierauf noch in dieser Frage das Wort nahmen, erregte besonders Hr. Lamy, ein neuergetretener Deputirter der legitimistischen Partei, die Aufmerksamkeit der Kammer. „Es sei mir erlaubt, äußerte er unter Anderem, mit Ruhe aber mit Bestimmtheit zu behaupten, daß der Krieg zwecklos war und daß er Frankreich zu nichts genützt. Er hat uns Ruhm verschafft, es ist wahr; aber Ruhm ist kein neues Ding für uns, und wir haben nicht nöthig, uns ihn unnützerweise zu verschaffen. Aber unsere Interessen haben wirklich darunter gelitten; ja, ich behaupte, daß unser moralischer Einfluß in beiden Amerika davon getrossen worden ist.“ (Bewegung.) Nachdem der Redner diesen Ausdruck zurückgenommen, erklärte er jedoch, daß die vorige Kammer bei der Discussion über die Antwortsadresse im vergangenen Januar vielleicht größeres Recht gehabt als sie selbst geglaubt, indem sie sich geweigert zu erklären, daß die Regierung die gehörige Sorge für die Würde und Sicherheit der französischen Allianzen getragen. Der Großsiegelbewahrer bemerkte, man dürfe nicht staunen, daß das jetzige Ministerium bei dieser Frage stillschweige. Die Expedition nach Mexico und der Vertrag, welcher sie beschlossen, seien Handlungen, die vor dem Antritt des neuen Cabinets im Amte vor sich gegangen. Die Nachweise, welche es der Kammer vorlegen könnte, ständen noch nicht zu seiner Verfügung, da man die Rückkehr des Admirals Baudin und die Documente, mit denen er nothwendig versehen sein würde, abwarten müsse. Wir haben, fuhr der Minister fort, jetzt nichts zu thun, als den Vertrag zu prüfen, bevor wir ihn ratificiren. Ohne Zweifel darf man sich nicht bei engherzigen Bedenken aufhalten, wenn die Interessen und die Ehre einer großen Nation im Spiele sind, aber wir sind überzeugt, daß die Ehre Frankreichs unverletzt ist und daß uns die Mittel bleiben, für die französischen Interessen zu sorgen. Hr. Caffitte: Die Frage ist, ob der Vertrag ratificirt ist. Ja oder Nein? (Große Aufregung.) Der Conseilpräsident, welcher hierauf das Wort ergriff, erklärte, daß der Vertrag von Seiten der französischen Regierung noch nicht ratificirt sei. Hr. Caffitte entgegnete: „Ich werde nie die Absichten Jemandes verdächtigen; wenn ich einen Fehler habe, so ist es der, sie stets für zu offen und aufrichtig zu halten. Ich wollte nur eine Bemerkung machen, welche nun nach der Erklärung des Marshalls, daß der Vertrag nicht ratificirt sei, unnütz erscheint; aber es ist um nichts weniger

wahr, daß in ihm vom Herzog von Dalmatien unterschriebenen Schreiben ausdrücklich gesagt wird: „Mein Herr! Obwohl die Regierung des Königs gewünscht hätte, in dem Vertrage vom 9. Nov. einige der Bestimmungen des ersten Entwurfes des Admirals Baudin zu finden, hat sie doch nicht angestanden, diesen Vertrag zu sanctioniren und die ganze Verantwortlichkeit zu übernehmen.“ Ich will also nur jetzt die entgegengesetzte Erklärung, die von dem Großsiegelbewahrer und dem Conseilpräsidenten abgegeben wurde, zur Kenntniß nehmen.“ Nachdem noch der Großsiegelbewahrer zur Verteidigung des Conseilpräsidenten das Wort ergriffen, wurde zu den andern Sätzen des Beschlusses übergegangen und am Schlusse der Sitzung bei der Abstimmung über das Ganze der geforderten Ergänzungsbetrag dieselben mit 196 gegen 84 Stimmen bewilligt.

— Hr. Urquhart, der bekannte Wältenfreund, welcher vor einigen Jahren im Orient als Attaché bei der britischen Gesandtschaft in Konstantinopel eine wichtige Rolle spielte, später sich unter dem Namen Daud-Bei in Kleinasien aufhielt und nach seiner Rückkehr aus dem Orient in Schrift und Wort gegen das Unisichere Ausflutts und die Gefahr, welche den englischen Interessen dadurch in jenem Welttheile drohe, auf das entschiedenste auftrat, befindet sich gegenwärtig in Paris.

Deutschland.

Stuttgart, 27. Jun. In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten hielt der Finanzminister einen Vortrag in Betreff der Finanzverabschiedung von 1839—42, an dessen Schluß er äußerte: „Als Hauptergebnisse der diesjährigen Finanzverabschiedung werden sich, neben der außerordentlichen Schuldentilgung von einer Million Fl. und ungedeckter der bedeutenden als notwendig und nützlich erkannten außerordentlichen Verordnungen, folgende Steuererleichterungen herausstellen: Bei der Grund-, Häuser- und Gewerbesteuer 400,000 Fl.; bei der Acise von Schererveräußerungen und Schlachtvieh 188,000 Fl.; bei der Abgabe von Hundert 14,000 Fl.; bei den Wirtschaftsabgaben 135,000 Fl.; bei den Sporteln von Wirtskauten 17,000 Fl. zusammen: jährlich 754,000 Fl. Beifreudlicher diese Ergebnisse für die Steuerpflichtigen erscheinen, um so weniger zweifle ich, daß die beiden Kammern der Ständeversammlung dem Hauptfinanzetat und dem Entwurfe des Finanzgesetzes, wie solche in der vorbezeichneten Weise nimmehr abgeändert, beziehungsweise ergänzt sind, die verfassungsmäßige Zustimmung gern erteilen werden.“ In der heutigen Sitzung eröffnete Geheimrath v. Schlayer der Kammer, daß der König beabsichtige, die Stände in den ersten Tagen des nächsten Monats zu entlassen. Der Departementschef bezeichnete sofort als Gegenstand der Berathung der nächsten Ständerversammlung: 1) das Zusatzgesetz zum Verwaltungsedict; 2) ein bestimmtes Gesetz über den Buchdruck; 3) ein Gesetz über die Verhältnisse der Lehrer an den mittlern Unterrichtsanstalten; 4) eine Strafrechtsordnung; 5) ein revidirtes Gesetz über das Notariatswesen. Die Kammer hätte nun zwei Commissionen, die eine zur Begutachtung der Strafrechtsordnung, die andere zur Begutachtung der vier übrigen Entwürfe zu erwählen; diese sollten schon jetzt ihre Referenten ernennen, damit nach Beendigung ihrer Arbeiten in einem sofortigen Zusammentritte der Commissionen die Berathung für die nächste Versammlung vorbereitet werden könne. Diese Commissionen werden in einer der nächsten Sitzungen gewählt werden. In der heutigen Abend Sitzung fand die Abstimmung über den ganzen Hauptfinanzetat von 1839—42 statt, welchen die Kammer mit 87 gegen eine Stimme genehmigte. Unter den Motivirungen, womit die einzelnen Abstimmungen erfolgten, hoben wir folgende heraus. Freiherr v. Sturmfeber äußerte: Ich muß der Regierung nur danken, daß sie nicht mehr gefordert hat, denn bei der großen Freigebigkeit dieser Kammer würde ganz gewiß noch weit mehr bewilligt worden sein; bedauern muß ich aber, daß keine weiteren Schritte geschehen sind, an dem vorliegenden Etat noch mehr zu sparen, es hätten noch 600—800,000 Fl. jährlich erspart werden können; ich wollte dieses beweisen, wenn mir nur 48 Stunden alle Arten zu Gebote ständen; manche Einnahmepositionen hätten beibehalten werden sollen, es lag zu deren Aufhebung oder Ermäßigung kein hinreichender Grund vor; ich rechne hierher namentlich die Schlachtacise, die Verminderung der Auflage auf die Hunde etc. Auch die Überschüsse der Restverwaltung hätten besser, als geschehen, zum Wohle des Landes verwendet werden können; statt dessen wurden sie zu Errichtung von Luxusgebäuden, Reitercasernen, Kunstgebäuden etc. verwendet. Auch die Ergänzungen bei dem Kriegs- und dem Departement der auswärtigen Angelegenheiten sind mir zu hoch, darum Nein! Goppelt bemerkte: Wenn es genügen würde, mit einzelnen Bestimmungen des Finanzgesetzes nicht einverstanden zu sein, um dasselbe im Ganzen verwerfen zu dürfen; wenn es genügen würde, das Verfahren der Regierung nicht in allen Richtungen zu billigen, um ein Wortum zu rechtfertigen, das von der Minorität ausgesprochen, den friedlichen Gang des Staatslebens unterbrechen, Erleichterungen, die von dem Volke mit Freude werden begrüßt werden, verspäten und eine ernste Fehde ohne alle Hoffnung auf gebräuchliche Resultate hervorzurufen müßte, alsdann nur könnte ich zweifelhaft sein, wie ich abzustimmen hätte. Ich erkenne jedoch mit Dank die Vorzüge eines geordneten Staats-

han
Be
run
sch
lem
We
Wo
bro
Spe
lang
Ent
jede
sich
sich
Abg
Ber
und
woll
gef
Dur
fals
Kam
Red
nich
stäm
ausg
süde
auf
die
gege
hab
erh
hört
muß
zu
des
Gef
hiern
verb
nang
habe
mit
sind
ander
an d
80 O
sich
getim
Erlei
sowie
Böle
müß
das
gen,
gründ
nieder
die U
hätter
Gefar
hätte
versch
Mitte
lign
durch
gelde
Zinse
bergr
rembe
verste
Schul
dem
der
zu
Zeit
äußert
währe
das
chonen
ständer
der
durch
mehr
stirbt,
der

haushalt an, den wir besitzen; erkenne an, daß Württemberg in Beziehung auf Einsicht, Gerechtigkeit und Humanität seiner Regierung die Vergleichung mit manchem andern Lande rühmlich bestehen kann; das aber muß ich ebenso unverhohlen bei dieser so lehrreichen Gelegenheit aussprechen, daß noch gerechte und dringende Wünsche auf Erfüllung haben, so lange nicht auch außerhalb dieser Grenzen freimüthige Ausrufungen über administrative und andere Gebrochen sich ungehindert vernahmen lassen dürfen, so lange noch die Fürsorge für Bedürfnisse des Landes nicht selten mit Vorliebe für specielle Interessen mit ungleich abgemessener Günstigkeit ausgeübt, so lange in Beurtheilung unserer Zustände so oft vom Nahen auf das Entfernte geschlossen wird, so lange jede abweichende Meinung, jede Kritik Gesetze muß einer unlauteren, selbstsüchtigen Absicht beschuldigt zu werden. Auf die vorliegende Frage sage ich Ja. **Sammer.** Von dem Rechte, das Steuergesetz zu verwerfen, kann der Abgeordnete Gebrauch machen, wenn er gegen die Regierung kein Vertrauen hat, wenn sie nach seinem Dafürhalten gegen Verfassung und Recht handelt, oder wenn er zweckgemäße Verwendung der bewilligten Mittel ihr nicht zutraut, oder wenn er mit dem Finanzgesetz an sich, abgesehen von den berührten Gründen, in wesentlichen Punkten unzufrieden ist und durch Verwerfung Verbesserung beabsichtigt. **Betreffend die erstere Beziehung,** so habe ich bei früheren Landtagen angenommen, daß wegen Entbehrens verfassungsmäßiger Rechte, der Pressefreiheit, einer Verpflichtung zur Steuerverweigerung nicht vorliege, daß äußere Zustände, welche durch Steuerverweigerung nicht beseitigt werden, die Regierung beschränken. Das Verbot, über ständische Wahlen irgend etwas zu drucken, ist von unserer Regierung ausgegangen. **Meines Erachtens** besteht für den Abgeordneten hohe Anforderung, dieses die Wahlfreiheit in hohem Grade gefährdende Verbot auf jede wirksame Weise zu bekämpfen. In dieser Beziehung ist jedoch die neuerliche Erklärung des Ministers des Auswärtigen, es werde, der gegenwärtig herrschenden Ruhe wegen, dieses Verbot nicht mehr gehandhabt und die Censur überhaupt mit Milde geübt werden, einige Beirathung. **Misstrauen gegen die Regierung** in Beziehung auf geeignete Verwendung der bewilligten Mittel wäre unbegründet; es muß vielmehr die geordnete Verwaltung durchgängig anerkannt werden. **Zu bedenken ist** ferner, daß auf diesem Landtage für Befreiung des Grund- und Bodens von Lasten, Steuern, Zehnten und andern Gefällen von Seiten der Regierung nichts geschehen ist. **Finde ich** hiernach mich nicht verpflichtet, zum äußersten Mittel der Steuerverweigerung zu schreiten, so frage es sich noch, ob ich mit dem Finanzgesetz so zufrieden sei, daß ich ihm im Ganzen zustimmen habe. **Der Steuernachschuß** von jährlich 7—800,000 Fl. hat bei mir nicht das Gewicht, welches ihm vielfach beigelegt wird; denn sind einige Steuern, wie Zoll und Malzsteuer, gestiegen, so sollen andere sich mindern. **Zieht man die Leistungen der Regierung** an den laufenden Fonds in Betracht, namentlich die Ablösung von 80,000 Fl. Pensionen und 40,000 Fl. Staatsschuldzinsen, so ergibt sich, daß im Ganzen keine Steuererleichterung oder doch nur eine geringe eingetreten ist. **Mit Grund kann** jedoch gesagt werden, daß Erleichterung der Grund-, Häuser- und Gewerbebesitzer als solcher, sowie der Accise- und Wirtschaftsabgaben-Pflichtigen mittels höherer Zölle, welche meistens Luxusartikel betreffen, eine zuträglichere Verminderung ist. **Die Staatsausgaben** sind gestiegen, nicht gesunken; das Wachsen des Bedarfs ist theilweise wohl begründet, andere dagegen, wie bei dem Militäretat und den Gesandtschaften, sind unbegründet. **Bei den Einnahmen** sind verschiedene Voranschläge zu niedrig, so daß es nach drei Jahren wieder Überschüsse gibt. **Nach die Überschüsse der letzten Periode,** d. h. die zu viel erhobenen Steuern, hätten hauptsächlich auf eine Weise verwendet werden sollen, daß die Gesamtheit der Steuerpflichtigen, so viel thunlich, Vortheil daraus hätte ziehen können. **Dieser Zweck** wäre durch Straßenbauten in verschiedenen Landestheilen am besten erreicht worden, aber die Mittel wurden durch andere Bauten erschöpft, zumal durch Verwilligung zu einer Reitercaserne. **Ein Antrag auf Unterstützung** der durch Wirthschaden heimgesuchten Gemeinden in Beziehung auf Schulgelder blieb unberücksichtigt, sowie der Antrag auf Herabsetzung der Zinsen der Staatsschuld, so daß in letzterer Beziehung die württembergischen Vierprocenter, die Schöckelnder unserer Capitalisten, württembergische Renten bleiben sollen. **Dies sind** die erheblichsten materiellen Bedenken. **Sind solche** auch erheblich, so frage ich keine Schuld. **Wer sie hat,** trage sie. Ich habe nach Kräften nach andern Ergebnissen gestrebt, und vermag hier bei dem Zusammenfassen der auf Mehrheit sich stützenden Beschlüsse eine Aenderung nicht mehr zu erwirken. **Will das Volk** andere Ergebnisse, so sei es zu rechter Zeit wirksam. Ich sage nicht gerne, aber doch Ja! **Defsnier** endlich äußerte: Die Erfahrungen bei den letzten Wahlen, die Erfahrungen während des gegenwärtigen Landtages haben mich leider überzeugt, daß meine vor drei Jahren bei der gleichen Veranlassung ausgesprochenen Hoffnungen auf Verbesserung unseres öffentlichen Rechtszustandes nicht in Erfüllung gegangen sind, daß vielmehr ein System der Verkümmern der Volksrechte und Freiheiten fortwährt, wodurch die Theilnahme des Volkes an dem Wohle des Vaterlandes mehr und mehr erschläft, der Sinn für aufopfernde Hingebung erstickt, und dagegen die häßliche Selbstsucht, dieses Hauptgebrechen der Zeit, immer stärker und nackter hervorgerufen wird. **Ebenso**

tritt fort und fort die Neigung der Regierung hervor, die Privilegien bevorzogener Stände auf Kosten ihrer eignen Gewalt und der Rechtsgleichheit zu vermehren. **Auch das Finanzgesetz** selbst, über das ich nun abstimmen soll, enthält viele Ausgabefälle, die meiner Ansicht nach hätten beschränkt werden können, beschränkt werden sollen, und ist zum Theil auf Bestimmungen gegründet, die ich, wie z. B. diejenigen über den Zinsfuß der Staatsschuld, für durchaus unwirtschaftlich halten muß. **Endlich werden die Überschüsse** der letzten Finanzperiode theilweise auf eine Art verwendet, die ich unmüher billigen kann. **Wenn ich** nun einem solchen von mir als mangelhaft erkannten Gesetze dennoch meine Zustimmung gebe, wenn ich noch überdies dadurch ein Regierungssystem unterstütze, zu dessen Fortsetzung gegenwärtig überall keine Veranlassung vorliegt, so können mich hierzu nur die dringendsten Gründe nöthigen. **Es sind dies** dieselben, die auch im Jahr 1833 und 1836 mein Ja hervorgerufen haben; nämlich die Überzeugung, daß bei dem gegenwärtigen Zustande des öffentlichen Rechtes in Deutschland durch eine Steuerverweigerung größere Uebel für das Land herbeigeführt werden würden als diejenigen sind, unter denen wir jetzt noch leiden, und die Überzeugung, daß von dem äußersten Mittel auch nur in den äußersten Fällen Gebrauch gemacht werden darf. **Armer** zwar an Hoffnungen als je, aber noch nicht ganz hoffnungslos sage ich Ja! (Schwab. M.)

Preußen.

* **Berlin, 29. Jun.** Eine der Lebensfragen, welche zuerst in neuester Zeit wieder aufleuchteten und den Köpfe der Wirren unmittelbar vorhergingen, ist die über die Reorganisation der Universitäten in Deutschland. **Leider sind** dieselben oft der Tummelplatz für Rohheiten und Ungefehllichkeiten gewesen, und es war ganz natürlich, daß man die Ursachen ausfindig zu machen suchte, welche solche Auswüchse des akademischen Lebens hervorgebracht hatten. **Manche wollten** diese nun vorzüglich in der geistlosen Monologenform finden, in welcher die akademischen Lehrer ihre Vorträge vom Katheder hielten, und es kann auch nicht in Abrede gestellt werden, daß mancher derselben beim Mangel alles rednerischen Talentes eher geisttödtend als anregend auf seine Zuhörer gewirkt hat. **Schon im vergangenen Jahrhundert** war die jetzige Vortragweise gemißbilligt worden, und namentlich hatte der dänische Professor Eggers die dialogische Form in Vorschlag gebracht, indem er meinte, daß es bei einem akademischen Lehrer weniger auf die äußere Eleganz der Rede ankomme als auf den Umstand, daß seine Zuhörer zum Denken hingeleitet und tüchtig in ihrem Fach ausgebildet werden. **Sein Vorschlag** ist jedoch damals, wie so manches Gute, unbeachtet geblieben; aber in neuester Zeit hat der Director Diesterweg in seiner Schrift über die deutschen Universitäten diesen Vorschlag wieder aufgenommen. **Dieser hat** die Einführung der dialogischen Form unbedingt verlangt, und hat dadurch eine Menge Flugschriften gegen sich hervorgerufen, deren Verfasser es dem Seminardirector nicht vergeben konnten, daß er sich herausgenommen habe, über eine Sache zu sprechen, welche ihrer Meinung nach allein den Universitätslehrern zukomme. **Indessen hat** Diesterweg in vielen Punkten wol nicht so ganz unrecht gehabt, denn leider gibt es wenige Professoren, welche einen so hebelebenden Vortrag haben wie Thibaut in Heidelberg und der hier verstorhene Gans. **Beide haben** es verstanden, ihre Zuhörer so für den Gegenstand zu interessieren, daß dieselben zum selbständigen Denken darüber angeregt wurden, und wirklich Nutzen aus den gehörten Vorlesungen gezogen haben; allein sie haben wenig Nachfolger gehabt. **Noch dauert** die literarische Fehde darüber fort, und es läßt sich nicht absehen, auf welche Weise die streitenden Parteien sich gegenseitig ausgleichen werden. **Ein ernstlicher Schritt** zur Vermittelung jedoch ist dieser Tage bei uns mittelbar dadurch gethan, daß der Hofprediger Dr. Thieremin zum außerordentlichen theologischen Professor an der hiesigen Universität ernannt worden ist. **Dieser nämlich hat** sich selbst für die dialogische Form in einer eignen Schrift über die deutschen Universitäten ausgesprochen, und hat jetzt die beste Gelegenheit, durch die praktische Ausführung seines Vorschlages seine Gegner zu widerlegen und ihnen zu zeigen, daß er nichts Unmögliches verlangt habe. **Sollte ihm** dies wirklich gelingen, so wäre es um so mehr von großer Bedeutung, da so mancher Studierende die Lehren seines Professors sauber nachgeschrieben nach Hause trägt und glaubt, damit seiner Pflicht vollkommen genügt zu haben. **Aber auch noch** in einer andern Beziehung ist diese Ernennung von Wichtigkeit, denn ihm ist, wie er in der angeführten Schrift selbst von sich aus sagt, christliche Frömmigkeit zwar das Höchste, aber er findet, daß sie keinen schönern Schmuck haben kann als gründliche Gelehrsamkeit und echte Wissenschaft. **Da er nun,** wie es heißt, sich vorzüglich des homiletischen Faches annehmen will und als Redner sich aus-

zeichnet, so steht zu erwarten, daß durch ihn junge Prediger gebildet werden, welche nicht allein durch ihren Kanzelvortrag, sondern auch durch den geistigen Gehalt ihrer Predigten einen großen Kreis von Zuhörern um sich zu versammeln und so für ein wahrhaft christliches Leben zu wirken vermögen; denn wenn die Prediger in dieser Beziehung wirklich ihre Schuldigkeit thun, so bedarf es keines äußern Zwanges, um ihre Kirche auch mit gebildeten Leuten zu füllen; sobald aber wahrhafte Frömmigkeit immer allgemeiner wird, so muß die Frömmigkeit und die damit eng verbundene Heuchelei von selbst aufhören, und die Conventikel werden sich alsdann schließen, welche jetzt nur dazu dienen, die ungebildeten niedern Volksklassen zu einer fanatischen wilden Rottte und zu einem brauchbaren Werkzeug ihrer Führer zu machen.

Italien.

Rom, 16. Jun. Gestern ward der römische Staatskalender (gewöhnlich *Krakas* genannt) für das Jahr 1839 ausgegeben. Nach demselben zählt der Papst Gregor XVI. nun 74 Jahre, und das heilige Collegium 64 Cardinale, worunter 6 Bischöfe, 47 Cardinalpriester und 11 Cardinaldiakonen. In dem Verzeichnisse des diplomatischen Corps findet man noch Don Antonio de Almeida Portugal, Marchese di Lavradio, als außerordentlichen und bevollmächtigten Botschafter Dom Miguel's aufgeführt. — In den schon seit einem Jahr angeknüpften Verhandlungen der portugiesischen Regierung mit dem heiligen Stuhle zur Regulirung der bischöflichen Angelegenheiten besteht der heilige Vater darauf, daß die von ihren Diöcesen entfernten, im Auslande lebenden Bischöfe von der Regierung zwar noch als rechtmäßig anerkannt, jedoch ihre Sprengel durch Bischofsverweser, von ihnen selbst ernannt, verwaltet werden; die portugiesische Regierung dagegen fodert, daß die von ihr angestellten Bischöfe auch die päpstliche Bestätigung erhalten. Dies sind, dem Vernehmen nach, die beiderseitigen, freilich unvereinbaren Grundbedingungen. Auch spricht man von einer Apanage Dom Miguel's als Infanten von Portugal, die ihm aber nur in Folge einer gänzlichen Verzichtleistung auf den Thron Portugals zu Theil würde. — Die geistlichen Angelegenheiten Brasiliens und die Rückkehr der Bischöfe dieses Landes zum Gehorsam gegen den heiligen Stuhl sind im günstigen Fortgange. Der Bischof Marco, welcher der Erste war, der den unglücklichen Riß zwischen Brasilien und dem heiligen Stuhl veranlaßte, soll allen Credit verloren haben; und somit dürfte die Zeit nicht fern sein, wo auch dieses Land wieder dem drohenden Schisma entrisen wäre. — Das römische Sprüchwort, das oft sich bewährt, daß bei dem Sterbefall eines Cardinals der Tod drei hinwegraffe, könnte auch diesmal sich wieder geltend machen, indem die Cardinale Sala, Tiberi und Dandini schwer erkrankt sind. (Allg. Ztg.)

Schweden und Norwegen.

Christiania, 20. Jun. Die Adresse des Storchings vom 10. Jun. an den König, um Verlängerung seiner Sitzungen bis zur Mitte Augusts, ist nun in unsern Blättern zu lesen. — Von Kopenhagen ist der berühmte Conferenzrath Ørsted zum Besuche hier, und mit Begeisterung aufgenommen worden. Vorgestern wohnte er den Verhandlungen des Odelsthings in der Loge des Staatsrathes bei, wozu ihn das Storching hatte einladen lassen. (B. H.)

Serbien.

Die Agramer politische Zeitung bringt nachträglich folgende Angaben über den gescheiterten Militäraufstand in Serbien: „Nachrichten aus sichern und glaubwürdigen Quellen aus Semlin berichten uns, daß der Senator Wucscs eine unumschränkte Vollmacht vom Fürsten und Senat als Commandant über die Truppen, die zur Dämpfung der Unruhen gesammelt waren, erhielt; demnach marschirte er mit dem auf den ersten Lärm und in ein paar Tagen bis auf 8000 M. angewachsenen Corps vom Kloster Koko-wiza (nicht Rakowaz), wo er den ersten Haufen der Rebellen gefangen machte, gegen Kragujewaz. Als er in die Nähe von Kragujewaz kam, strömten aus allen Districten die bewaffneten Serbier Wucscs zu, und zwar so, daß sein Corps unverhofft über 15,000 M. stark anwuchs. Er schloß Kragujewaz sehr eng ein, drang mit seiner ganzen Masse hinein und bemächtigte sich des vom fürstlichen Bruder Johann Obrenovich aufgeschlagenen Zeltes, worin dieser mit mehren Anhängern seiner Partei, meistens seine Verwandte, sich befand. Nachdem der klühe Wucscs daselbst an die zur Rebellion verleitete Garde (Wucscs war früher Gardecommandant) eine Anrede gehalten und ihr erklärt hatte, daß sie die Waffen gegen ihre eigne Sache

und ihr eignes Wohl gebrauchen wolle, übergab sich diese auf Discretion, wurde entwaffnet und des militairischen Rockes entkleidet. Zu bemerken ist, daß die serbische Garde aus lauter jungen Leuten, welche aus angesehenen und reichen Familien herkommen, besteht. Nachdem der heldenmüthige Wucscs die Ruhe in Kragujewaz hergestellt und die Rädeisführer gefangen hatte, kam er am 10. Jun. Nachmittag mit seinen Trophäen nach Belgrad. Der Senat hat alle Rädeisführer, deren Zahl nicht gering ist, und die aus allen Gegenden gebracht wurden, einzeln und insgesammt verhört. Ihr Plan war, das Militair aufzuwiegen, was ihnen zum Theil gelang, im Volk Unruhe zu stiften und Aufruhr zu predigen. Das Lobenswerthe von Wucscs ist, daß in Folge seiner umsichtigen Verfügungen kein Tropfen Blut bei der ganzen Empörung vergossen wurde. Bevor Wucscs mit seinen Gefangenen ankam, erschien schon nachstehender Artikel in der serbischen Zeitung: „Die Rädeisführer der Rebellen sind bereits der dazu angeordneten Untersuchungscommission übergeben.“

Mexico.

Nach newyorker Blättern fand das Gefecht der aus 2500 M. bestehenden Regierungstruppen unter dem General Valencia gegen die Föderalisten unter Mejia und Urea am 7. Mai bei Necarigo unweit Puebla statt und dauerte sechs Stunden. Mejia, der mit 1000 M. angriff, focht mit der größten Tapferkeit und nahm dem Feinde dreimal sein Geschütz, das aber ebenso oft wiedererobert wurde. Im Begriff den Sieg zu erringen, ward er von Santana, der mit 1400 M. von Puebla kam, im Rücken angegriffen. Dieser plötzliche Angriff brachte die Föderalisten in solche Verwirrung, daß sie sich nicht wieder sammeln konnten; sie flohen nach allen Richtungen; Mejia fiel in die Hände des Siegers und ward an demselben Abend erschossen. Urea soll sich mit den übrigen Truppen nach Tampico zurückgezogen haben, wohin Bustamente und Arista ihm folgten. Santana, der eine persönliche Rache befreudigt haben soll, behandelte den gefangenen Mejia auf eine unwürdige Weise und befahl, ihn mit dem Rücken gegen die Soldaten gekehrt, als einen Landesverräther zu erschließen. Mejia weigerte sich standhaft dagegen, und so schoss man ihn nieder, ohne ihn vor die Fronte zu führen. Die amerikanischen Blätter setzen hinzu, Santana sei seit der Niederlage der Föderalisten der Abgott des Volkes. Nun aber werde zwischen ihm und Bustamente, der das Heer und die Geistlichkeit für sich habe, der Kampf beginnen. Wenn, wie wahrscheinlich, Beide die Absicht hätten, sich einen Thron zu gründen, so würde der Streit zwischen ihnen wol so lange dauern, daß die Texaner Zeit gewinnen, sich in den Kampf zu mischen und das Reich Montezuma's in Besitz zu nehmen.

Brasilien.

Die neuesten aus Rio Janeiro in England eingetroffenen Nachrichten reichen bis zum 4. Mai und melden die am 3. Mai erfolgte Eröffnung der Kammern durch den Regenten. Die Eröffnungsrede desselben ist von keiner Bedeutung.

Börsenachrichten.

London, 26. Jun. 3% Stock 93 $\frac{1}{4}$; 5% Span. Ard. 18 $\frac{3}{8}$; 3% Port. 20 $\frac{1}{4}$; 2 $\frac{1}{2}$ % Holl. Int. 55 $\frac{7}{8}$.

Amsterdam, 27. Jun. 2 $\frac{1}{2}$ % Holl. Int. 54 $\frac{5}{8}$; 5% Span. Ard. 18 $\frac{3}{8}$; Kanzen 26 $\frac{1}{2}$.

Paris, 28. Jun. 5% 111. 30; 3% 79. 15; 5% Neap. 99. 55; 5% Span. Act. 19 $\frac{1}{2}$; St.-Germ.-E. 630; Verf.-E. rechts 665; Verf.-E. links 145.

Wien, 28. Jun. 5% 107 $\frac{5}{8}$; 4% Met. 101 $\frac{3}{4}$; 3% Met. 81 $\frac{3}{4}$; W. B.-Act. 1516 — 1517; W. 500 - Fl. = L. 133 $\frac{7}{8}$; W. Nordb. 103 $\frac{5}{8}$; Ven. Mail.-E. 102 $\frac{1}{2}$; Wien.-Raab.-E. 104 $\frac{5}{8}$; Neue Anleihe 106 $\frac{1}{2}$.

Hamburg, 29. Jun. W. B.-Act. 1495; 3% Dan.-Engl. 71 $\frac{3}{8}$; 5% Russ.-Cert. 102 $\frac{3}{4}$; 2 $\frac{1}{2}$ % Holl. Int. 53 $\frac{1}{4}$.

Frankfurt a. M., 30. Jun. 5% Met. 106 $\frac{7}{8}$ G.; 4% Met. 101 G.; 3% Met. 80 $\frac{7}{8}$ G.; W. B.-Act. 1814 G.; 2 $\frac{1}{2}$ % Holl. Int. 53 $\frac{12}{16}$ G.; Taun.-E. 281 $\frac{1}{2}$ G.

Berlin, 1. Jul. 4% St.-Sch.-Scheine 103 $\frac{1}{2}$; Seehdlg.-Präm.-Sch. 70 $\frac{3}{4}$; W. B.-Act. 1036; Poln. 300-Fl.-L. 66 $\frac{7}{8}$; Poln. 500-Fl.-L. 76 $\frac{3}{8}$; Berlin-Potsdam. E. 99 $\frac{3}{4}$; Berlin-Sächs. E. 90.

Redigirt unter Verantwortlichkeit der Verlagshandlung.

Druck und Verlag von F. A. Brockhaus in Leipzig.

Die
Wahl
ange
ten
In
Gro
Saale
Bewil
zu wa
Berfa
Star
teresse
säumt
könne
Unter
tet, u
Zustim
lichkeit
sonder
Summ
Privat
Vorste
in die
letz u
an die
aber r
Eine s
und d
von d
nen W
päpisti
—
wenig
finden
—
in die
mer, u
auf Po
herrüh
Der K
besonde
über,
schon
man d
Dampf
benüh
besteuer
Reisend
Futsch
gleich v
einen
Abgabe
gegen
wirklich
Abgabe
Begünst
—
neueste
hervorg
Einfluss
den. I
vergesse